

40 Jahre

Institut für
Friedensforschung
und
Sicherheitspolitik

an der Universität Hamburg

IFSH

1971
2000
1974
2002
1979
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011

IFSH 1971-2011 +++ 40 Jahre +++ Forschung - Beratung - Lehre

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

Beim Schlump 83, 20144 Hamburg
Telefon 040 866 077 0, Fax 040 866 36 15
e-mail: ifsh@ifsh.de
www.ifsh.de

Redaktion: Susanne Bund

Herstellung: Druckerei Schierhorn, Gilbertstraße 22, 22767 Hamburg

Hamburg 2011

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH.



Inhalt

Die Direktoren des IFSH seit 1971	2
Das IFSH 1971 – 2011	3
Abrüstung und Rüstungskontrolle	5
Europäische Sicherheitspolitik – 40 Jahre Thema am IFSH	11
Die Innere Führung der Bundeswehr: Traditioneller Forschungsgegenstand am IFSH	16
Politikberatung am IFSH	21
Das Forschungsprogramm des IFSH	25
Praktikum, Studium, Promotion die Nachwuchsförderung am IFSH	29
IFSH – 40 Jahre Öffentlichkeitsarbeit	34
IFSH Chronologie	38
Die Autorinnen und Autoren	40



Die Direktoren des IFSH seit 1971



*Wolf Graf von Baudissin, 1971 - 1984
(Baudissin Dokumentationszentrum)*



Reinhard Mutz, 2003 - 2006



Egon Bahr, 1984 - 1994 (Foto: Holger Noß)



*Dieter S. Lutz
1994 - 2003*



*Michael Brzoska
seit 2006*



Das IFSH 1971 - 2011

Es lässt sich trefflich darüber streiten, ob die Welt in den letzten vier Jahrzehnten friedlicher geworden, ob es sich in Europa sicherer leben lässt. Was unbestreitbar ist: Mehr Frieden und Sicherheit zu schaffen bleibt eine vorrangige Aufgabe verantwortungsvoller Politik. Beiträge dafür zu leisten durch wissenschaftliche Forschung und Lehre, kritische Begleitung politischer Entscheidungen und das Ausarbeiten von Alternativen ist das Ziel der Arbeit am IFSH.

Wandel und Kontinuität markieren die Arbeit dieses Instituts, das sich mit grundlegenden und aktuellen Fragen von Frieden und Sicherheit beschäftigt. Wandel gab es in der Weltpolitik, insbesondere aber in Europa und Deutschland, markiert vor allem durch das Ende des Kalten Krieges und der Teilung Europas, aber auch durch die nachfolgenden Kriege in Europa und an seinen Rändern. Ein Wandel vollzog sich aber auch in der Wissenschaftslandschaft. War das IFSH in seinen Anfangsjahren durch seinen Sitz am Falkenstein, seine hochgradige Praxisorientierung und relative Ferne vom universitären Betrieb ein wenig abgeschieden, ist es dank der Aufnahme des MPS-Studienbetriebs, die zunehmende Vernetzung und Akademisierung sowie nicht zuletzt durch den Umzug an den Schlump heute fester Teil des akademischen Betriebs mit seinen vielfältigen Anforderungen an Legitimation, Vernetzung und – vor allem – Wettbewerb. Der Blick auf die letzten vier Jahrzehnte IFSH in den nachfolgenden Beiträgen macht diesen Wandel exemplarisch an der Lehre und Nachwuchsförderung deutlich, die im letzten Jahrzehnt eine herausragende Rolle für das IFSH eingenommen haben.

Auch die nachfolgenden thematischen Beiträge liefern immer wieder Beispiele für den Wandel in der Forschungsarbeit des IFSH. Stärker aber noch zeigen sie die Kontinuität auf. Abrüstung und Rüstungskontrolle, Europäische Sicherheitspolitik, Innere Führung und die Rolle von Streitkräften waren Themen, mit denen sich bereits der Gründungsdirektor des IFSH, Wolf Graf von Baudissin befasste. Sie sind, mit unterschiedlichem Gewicht und neuen Fragestellungen, weiterhin Thema am IFSH. Sie sind dies, da sie immer noch von hoher friedens- und sicherheitspolitischer Relevanz sind. Beispiele wie die Vision einer atomwaffenfreien Welt von US-Präsident Obama oder der Krieg in Afghanistan mit deutscher Beteiligung belegen dies.

Die Kombination von Wandel und Kontinuität spiegelt sich in den Arbeitsprogrammen des IFSH. Das aktuelle Arbeitsprogramm, „Transnationalisierung von Gewalttrisiken europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik“ steht in der Tradition der Befassung mit Frieden und Sicherheit für und in Europa. Es stellt dabei aber ein Element der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen heraus, das insbesondere nach den Anschlägen vom 11. September 2001 die politische Agenda dominiert hat, aber auch eng mit den Veränderungen durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Globalisierung verbunden ist.



Seit Jahrzehnten ist das IFSH ein Markenname: in der Politikberatung, in der Öffentlichkeit und den Medien, zunehmend auch in der Wissenschaft. Die Direktoren Wolf Graf von Baudissin, Egon Bahr und Dieter S. Lutz haben Erhebliches dazu beigetragen, unterstützt von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH, von denen viel zu wenige in den nachfolgenden Texten Erwähnung finden.

Über Jahrzehnte erarbeiteter Ruf, Renommee und Reputation sind den heute am IFSH Wirkenden ebenso Ansporn und Verpflichtung wie die Arbeit an Themen von existentieller Bedeutung. Auch in den nächsten vierzig Jahren soll das IFSH eine der besten Adressen in Europa auf der Schnittstelle von Friedensforschung und Sicherheitspolitik bleiben. Es sei denn, der Traum von umfassender Sicherheit und nachhaltigem Frieden würde wahr und unser Nachdenken und Forschen über deren Bedingungen und Grundlagen überflüssig.

Hamburg, Juli 2011

Michael Brzoska



Abrüstung und Rüstungskontrolle

Als Verfahren zur Stärkung von Frieden und Sicherheit in den internationalen Beziehungen verfolgen Abrüstung und Rüstungskontrolle mit unterschiedlichen Mitteln dieselben Ziele: Sie sollen die Wahrscheinlichkeit von Kriegen verringern, das Ausmaß an Vernichtung und Zerstörung vermindern, falls die politische Kriegsverhütung fehlschlägt, und die Kosten zur Aufrechterhaltung militärischer Sicherheit senken (vgl. Kästen „Abrüstung“ und „Rüstungskontrolle“).

Abrüstung

bedeutet die Beseitigung oder Herabsetzung vorhandener Bestände an Waffen, militärischen Ausrüstungen und Streitkräften in verhandelten und vereinbarten Mengen oder auf festgelegte Obergrenzen. Entsprechende Übereinkünfte begründen in der Regel Pflichten auf Gegenseitigkeit. Jedoch kann Abrüstung auch einseitig erfolgen, als Vorleistung verstanden und in Erwartung einer Vorbildwirkung. Hingegen gelten Entwaffnungsaufgaben, die Sieger am Ende eines Krieges der unterlegenen Konfliktpartei auferlegen, gemeinhin nicht als Abrüstung.

Zur Kontrolle ihrer Einhaltung gehen Abrüstungsabkommen zumeist mit Bestimmungen über Verifikationsmaßnahmen (Datenaustausch, Vor-Ort-Inspektionen) einher. Außer materiellen Beschränkungen ausgewählter Rüstungsgüter können Abrüstungsvereinbarungen auch regionale Begrenzungen vorsehen.

Dass die Abrüstungsdiplomatie erst verhältnismäßig spät in die internationale Politik Eingang fand, liegt an der historischen Verschränkung von Staatsmacht und Waffenmacht einerseits, am Ausschluss der Regierten vom Geschäft der Regierenden andererseits. Welches Land, welches Reich wäre je auf einem anderen Weg zu Größe und Geltung gelangt als von Schlachtfeld zu Schlachtfeld? Krieg als erprobte Ultima Ratio zur Entscheidung rivalisierender Ansprüche zwischen Staaten und nicht als eine unerlaubte Abscheulichkeit – solange diese Auffassung herrschte, fehlte der Grund, die Mittel des Krieges zu beschränken.

Und solange ihre Ohnmacht den Opfern des Krieges die Rolle des Anklägers vorenthielt, gab es nicht einmal den Zwang, die Anhäufung von Kriegsmitteln zu rechtfertigen. Gemessen daran, dass nach der Leidenserfahrung des Ersten Weltkriegs und einer kriegskritischen Massenstimmung in den Gesellschaften der beteiligten Staaten Abrüstungskonferenzen fast in Permanenz tagten, nehmen sich deren Resultate mehr als bescheiden aus. Erfolge in einem relativen Sinn waren lediglich humanitären Bestrebungen beschieden. Sie führten u.a. zu einer umfassenden Kodifizierung des Kriegsvölkerrechts (Haager Landkriegsordnung 1899), dem Verbot von Kampfgas und bakteriologischen Waffen (Genfer Protokoll 1925) und einer generellen Ächtung des Krieges als Mittel der Politik (Briand-Kellogg-Pakt 1928). Jedoch sollten weitere sechs Jahrzehnte vergehen, ehe ein Abrüstungsabkommen, der amerikanisch-sowjetische INF-Vertrag vom 8. Dezember 1987



über die Beseitigung der nuklearwaffenfähigen Mittelstreckenraketen in Europa, zum ersten Mal überhaupt eine moderne einsatztaugliche Kriegswaffe aus den Arsenalen entfernte.

Was die Rüstungskontrolle der Abrüstung voraus hat

Die Weltkrisen der frühen 1960er Jahre (Berlin, Kuba) bewirkten bzw. verstärkten ein Umdenken der internationalen Abrüstungsdiskussion. Die Fixierung auf die unmittelbare Herabsetzung der Rüstungsstände bis hin zum Maximalziel allgemeiner und vollständiger Abrüstung geriet in den Hintergrund. An ihre Stelle trat ein abgewandelter, komplexerer Ansatz, den die angelsächsische Fachdebatte „arms control“ und Wolf Graf Baudissin, der Gründungsdirektor des IFSH, „Kooperative Rüstungssteuerung“ (KRSt) nannte. Mit „Kriegsverhütung durch strategische Stabilität“ ist er am treffendsten umschrieben. Der Sicherheitsnutzen von Streitkräften und Rüstungen sollte unangetastet bleiben, ihr Bedrohungscharakter jedoch durch Transparenz fördernde und Kosten mindernde Abrüstungseingriffe reduziert werden. KRSt, so hoffte Baudissin, werde in dem Maße Fortschritte zeitigen, wie die Erkenntnis Platz greift, dass „das Ziel der Rüstungssteuerung nicht die Übervorteilung des anderen sein kann, sondern nur ein Mehr an Sicherheit für beide“. (Wolf Graf Baudissin, Grenzen und Möglichkeiten militärischer Bündnissysteme, in: Europa-Archiv 1/1970, S. 9) Und weiter: „Fortschreitende kooperative Rüstungssteuerung wird die militärische Rüstung auf immer niedrigerem Niveau regulieren, ohne das strategi-

sche Gleichgewicht zu gefährden, das eine wichtige psychologische Voraussetzung auch für das politische Prinzip der Friedensgestaltung bildet.“ (ebd., S. 5)

Natürlich ist der Frieden weniger gefährdet, wenn er nicht vom Willen abhängt, ihn zu erhalten, sondern von der Unfähigkeit, ihn zu brechen. Daraus bezieht das Abrüstungspostulat den suggestiven Nimbus, der Patentrezepten anhaftet. Doch besteht zwischen dem Staatensystem, dessen Mitglieder ihre gegenseitigen Beziehungen in Kategorien der Konkurrenz, der Rivalität und des Konflikts definieren, und einer befriedeten Weltgesellschaft, aus der militärische Gewaltmittel verschwunden sind, eine reale Kluft, die ein Abrüstungsvorsatz allein, und sei er ernst gemeint, nicht überwindet. Zweifellos ist aus der Sicht des Gesamtsystems die unmäßige Ansammlung von Gewaltmitteln widersinnig, unproduktiv und irrational. Aus der Sicht des einzelnen Systemmitglieds hingegen folgt derselbe Schluss nicht gleichermaßen zwingend. Viele Nationen haben damit ihre eigenen Erfahrungen, und sie wirken bis in die Gegenwart nach. Die Erfahrung der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg, um ein Beispiel zu nennen, besagte, dass sich das ihr von Hitler-Deutschland zgedachte Schicksal abwenden ließ, und zwar mit militärischen Mitteln.

Spätestens das Aufkommen von Rüstungstechnologien, die Töten und Zerstören zu einem Vorgang von Augenblicken machen und Gegenwehr ausschließen, relativiert den Wert historischer Analogien. Seitdem ein mit Massenvernichtungswaffen geführter Krieg auf Staats- und Bündnisgrenzen keine Rücksicht nehmen würde und Sieger und Besiegte am Ende un-



Rüstungskontrolle

steht als Sammelbegriff für Vorkehrungen, die darauf zielen, den internationalen „wildwüchsigen“ (anarchischen) Rüstungsprozess zu regulieren, um sicherheitspolitisch destabilisierende Auswirkungen abzuwenden. Sie bedient sich ebenfalls kooperativer Mittel, führt aber nicht notwendigerweise zur Absenkung vorhandener Rüstungsstände. Ihre traditionellen Instrumente sind Produktions-, Stationierungs- und Einsatzverbote sowie Kontroll- und Inspektionsabsprachen. Qualitative Rüstungskontrolle will darüber hinaus verhindern, dass fortwährende Rüstungsmodernisierung und Steigerung der Fähigkeitsmerkmale von Waffen (Reichweite, Feuerkraft, Treffgenauigkeit, Mobilität) einen durch quantitative Rüstungsbeschränkung erzielbaren Stabilitätswachst wieder aufzehren. Präventive Rüstungskontrolle geht noch einen Schritt weiter, indem sie die Risiken militärischer Technologiedynamik bereits in den Phasen der Forschung, Entwicklung und Erprobung neuer Waffensysteme zu mindern sucht.

unterscheidbar wären, ist in Fragen der Gewaltprävention die Trennung zwischen dem Gesamtinteresse (des internationalen Systems) und den Einzelinteressen (der nationalen Gesellschaften) fragwürdig geworden. Auch dem Maßstab individueller Rationalität genügt nicht länger, was kollektiver Rationalität widerspricht.

Hoffnungen auf eine Demilitarisierung der Sicherheit ...

Zu den Themen, die auf der rüstungskontrollpolitischen Tagesordnung der 1970er und 80er Jahre einen hohen Stellenwert einnahmen, gehören: Vorkehrungen gegen einen Krieg aus Versehen oder aufgrund technischen Defekts, Sicherungen gegen Überraschungsangriffe, Konzipierung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen, Schärfung des analytischen Instrumentariums militärischer Kräftevergleiche, Regeln und Verfahren zur Verifikation vereinbarter Rüstungsbeschränkung, Modelle geografischer Rüstungsbegrenzung für Regionen

hoher Konfliktintensität, Unterbindung von Waffenentwicklungen, die zu destabilisierenden qualitativen Rüstungsvorsprüngen führen könnten, Entfernung von Präemptions- und Eskalationselementen aus den geltenden Militärstrategien, schließlich die Umbildung von Streitkräftestrukturen zur Stärkung der Verteidigungs- und Verringerung der Angriffseignung. Die Liste liest sich auch wie ein Auszug aus der Forschungsagenda des IFSH während der ersten Hälfte seiner Existenz. Rüstungskontrolle, obgleich ohne den alternativen Namensvorschlag Baudissins, der sich nicht durchsetzte, macht von Anfang einen Schwerpunkt und ein Markenzeichen der Institutsarbeit aus. Daran hat sich bis an die Schwelle des fünften Jahrzehnts nichts geändert. Es dürfte kein Zufall sein, dass in der Nachfolge des Gründungsdirektors sämtliche Institutsleiter nicht nur persönlich für dieses Forschungsfeld eintraten, sondern es auch mit eigenen maßgeblichen Beiträgen wesentlich proflierten.



Literatur

- **Wolf Graf von Baudissin/Dieter S. Lutz** (Hrsg.), Kooperative Rüstungssteuerung – Sicherheitspolitik und Strategische Stabilität, Baden-Baden 1981.
- **Dieter S. Lutz**, Weltkrieg wider Willen? Die Nuklearwaffen in und für Europa, Hamburg 1981.
- **Dieter Lutz/Erwin Müller** (Hrsg.), Vertrauensbildende Maßnahmen – Zur Theorie und Praxis einer sicherheitspolitischen Strategie, Baden-Baden 1982.
- **Erwin Müller/Götz Neuneck** (Hrsg.), Rüstungsmodernisierung und Rüstungskontrolle – Neue Technologien, Rüstungsdynamik und Stabilität, Baden-Baden 1992.
- **Hans-Joachim Gießmann** (Hrsg.), Konversion im vereinten Deutschland – Ein Land, zwei Perspektiven?, Baden-Baden 1992.
- **Wolfgang Zellner**, Die Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa – Konventionelle Rüstungskontrolle, die neue politische Lage in Europa und die Rolle der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1994.
- **Götz Neuneck**, Die mathematische Modellierung von konventioneller Stabilität und Abrüstung, Baden-Baden 1995.
- **Götz Neuneck/Reinhard Mutz** (Hrsg.), Vorbeugende Rüstungskontrolle – Ziele und Aufgaben unter besonderer Berücksichtigung verfahrensmäßiger und institutioneller Umsetzung im Rahmen internationaler Rüstungsregime, Baden-Baden 2000.
- **Götz Neuneck/Christian Mölling** (Hrsg.), Die Zukunft der Rüstungskontrolle, Baden-Baden 2005.
- **Wolfgang Zellner/Hans-Joachim Schmidt/Götz Neuneck** (Hrsg.), Die Zukunft konventioneller Rüstungskontrolle in Europa, Baden-Baden 2009.

Für eine durchgreifende Demilitarisierung der europäischen Sicherheit schien die Stunde gekommen als mit dem Zusammenbruch der Warschauer Vertragsorganisation und dem nachfolgenden Zerfall der Sowjetunion die Ära der Ost-West-Konfrontation endete. Wann sonst wenn nicht jetzt öffnete sich einen Spalt breit die Chance, die blockförmige Sicherheitsstruktur des Kontinents abzulösen durch eine völkerrechtlich verankerte und demokratisch legitimierte Sicherheitsordnung Gesamteuropas nach dem Prinzip eines regionalen Systems kollektiver Sicherheit.

Unter dem Titel „Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert“ wandte das IFSH einige Mühe auf die Ausarbeitung von der ersten Problemskizze schon im Jahr 1990 bis zum kompletten Bauplan 1995. Zumindest in einem Teil der Welt Krieg als Verkehrsform der inter- und transnationalen Beziehungen dauerhaft zu eliminieren galt als Ziel. Die fachöffentliche Resonanz war beträchtlich, doch die Politik schlug das Diskussionsangebot aus, nicht unbedingt zu ihrem Vorteil, wie die langjährigen Kriegswirren auf dem Balkan veranschaulichen sollten.



... folgen Enttäuschungen nach der Epochenwende

Nur ein Teil der Erwartungen und Hoffnungen, die an die weltpolitische Epochenwende von 1989/90 geknüpft waren, haben sich erfüllt. Zu den größten Enttäuschungen zählt, dass die sogenannte Friedensdividende, d.h. die Entlastung der nationalen Haushalte von unverhältnismäßig hohen finanziellen Aufwendungen für die äußere Sicherheit, ausblieb. Lediglich bis Mitte der 1990er Jahre gingen die Militärausgaben moderat zurück. Seither steigen sie wieder an und erreichten 2009, dem letzten Jahr, das statistisch erfasst ist, mit 1.531 Milliarden (oder anderthalb Billionen) Dollar für Streitkräfte und Rüstungen weltweit den höchsten Stand aller Zeiten. Ungeachtet der Sparzwänge in den Militärbudgets ist auf nahe Sicht mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. 2010 wurde mehr Geld für militärische Zwecke ausgegeben als 2009 und 2011 wird es wiederum mehr sein. Bei einem Anteil von rund 15 Prozent der Weltbevölkerung bestreiten die politisch der westlichen Hemisphäre zuzurechnenden Staaten deutlich mehr als 70 Prozent des globalen Rüstungsaufwands. Die Größenordnungen illustrieren, wie verfrüht es wäre, Abrüstung und Rüstungskontrolle für Anliegen rückläufiger Bedeutung zu halten.

Die „Global Zero“-Rede US-Präsident Obamas vom 5. April 2009 vor dem Hradschin in Prag hat dem gesamten Themenkomplex einen vehementen Impuls verliehen. Nicht eine waffenlose, wohl aber die atomwaffenfreie Welt ist in den Fokus politischer Programmatik gerückt. Inzwischen hinterlässt der Anstoß deut-

liche Spuren in den Aktivitäten der Interdisziplinären Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR) am IFSH unter Götz Neunecks Leitung. Zum einen kommunizieren die Hamburger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Kollegen und Entscheidungsträgern rund um den Erdball über die politischen Voraussetzungen und Konsequenzen der Obama-Initiative. Zum anderen konzentrieren sie ihre Projektarbeit auf Forschungsfragen, die vorheriger Klärung bedürfen, soll der politische Schwung für die nukleare Abrüstung nicht wieder im Sand verlaufen: Welche Auswirkungen auf die nukleare Abrüstung in Europa resultieren aus militärischen Ungleichgewichten zwischen der NATO und Russland? Inwieweit kann die Reduzierung taktischer Atomwaffen in Europa einschließlich Deutschlands eine Schrittmacherrolle übernehmen? Fördert oder beeinträchtigt die Entscheidung der NATO, ein gemeinsames Raketenabwehrsystem in Europa zu errichten, das Abrüstungsziel?

Das letzte Ziel der Beseitigung von Kriegsmitteln ist nicht Abrüstung, sondern Frieden

Abrüstung oder Rüstungskontrolle – auch aus der Friedensforschung ist die Kontroverse nie ganz verschwunden. Zu den Hochzeiten des Kalten Krieges sah sich das Rüstungskontrollkonzept dem Vorwurf ausgesetzt, die Abrüstung zu behindern, wenn nicht gar zu verhindern: „Ein Hauptgrund für den mangelnden Fortschritt in Richtung auf die atomare Abrüstung ist die Entscheidung der Politiker Anfang der

sechziger Jahre, die Versuche mit direkten Verhandlungen über die allgemeine und völlige Abrüstung aufzugeben und stattdessen für Teilmaßnahmen zur Rüstungskontrolle zu arbeiten“ (SIPRI, Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter, Hamburg 1977, S. 331). Davon abgesehen, dass die Behauptung in dieser Form weder bestätigt noch widerlegt werden kann, gibt es auch kaum empirische Anhaltspunkte, die sie stützen. Zwar ist alles Verhandeln über Rüstungskontrolle im Blick auf das Abrüstungsziel lange Zeit ergebnislos verlaufen, für die klassischen Abrüstungskonferenzen trifft dies jedoch in noch weit größerem Ausmaß zu. Ob die restlose Abrüstung überhaupt jenes Endziel, jene konkrete Utopie darstellt, die diplomatischen Anstrengungen den Erfolgskurs weist, lässt sich gleichfalls bezweifeln. Der letzte Zweck von Abrüstungspolitik kann nicht die Abrüstung sein. Der letzte Zweck von Verhandlungen über Kriegsrüstungen muss der Frieden sein. Dabei versteht sich von selbst, dass die Art von Frieden nicht gemeint ist, die erwiesenermaßen zu einschneidender Abrüstung führt – der diktierte Frieden des Sie-

gers nach der militärischen Niederwerfung seines Gegners. Nur um den Frieden kann es sich handeln, den unabhängige, gleichberechtigte Nationen als ihre gemeinsame Existenzbedingung und ihre gemeinsame Verpflichtung begreifen.

Für die Verfolgung eines so ehrgeizigen Konzepts reichen guter Wille und engagierte Rhetorik nicht aus. Ebenso wichtig sind die Überwindung innergesellschaftlicher Widerstände und die Konzentration auf politikfähige Ziele, was die Bereitschaft einschließt, den ersten Schritt vor dem letzten zu tun, um das Erreichbare voranzubringen, statt dem in unmittelbarer Zukunft noch Unerreichbaren nachzuhängen: „Die Zeit und die Energie, die man für Verhandlungen über Teilmaßnahmen aufwendet, sind Zeit und Energie, die von Verhandlungen über die wirkliche Abrüstung abgelenkt werden“ (ebd., S. 333). Umgekehrt macht der Satz Sinn. Aufgabe wissenschaftlicher Analyse ist es, die Erfordernisse und Bedingungen zielführender Strategien freizulegen und deren Dringlichkeit öffentlichkeitswirksam zu vermitteln.

Reinhard Mutz



Friedensnobelpreisträger Michail Gorbatschow mit Egon Bahr bei seinem Besuch im IFSH 1992

(Foto: Margret Johannsen)



Europäische Sicherheitspolitik

40 Jahre Thema am IFSH

Seit seiner Gründung im Jahr 1971 kann das IFSH wie kaum eine andere Forschungseinrichtung in Deutschland auf eine nahezu lückenlose Kontinuität in der Befassung mit den Grundfragen europäischer Sicherheits- und Friedenspolitik zurückblicken. Dabei waren die erarbeiteten Konzepte in bestimmten Phasen eher utopisch-visionär, in anderen eher realitätsnah-pragmatisch – immer jedoch trugen sie den Gefahren, aber auch den Chancen der jeweiligen Periode Rechnung. In der Befassung des IFSH mit Themen europäischer Sicherheit lassen sich grob vier Etappen unterscheiden, deren drei erste stark von den Persönlichkeiten der jeweiligen Direktoren – Wolf Graf von Baudissin, Egon Bahr und Dieter S. Lutz – gesteuert wurden, die vierte hingegen von Forschungsprogrammen.

Kooperative Rüstungssteuerung (KRSt)

Generalleutnant a.D. Wolf Graf von Baudissin, der Gründungsdirektor des IFSH, amtierte bis 1984. Dass ein hoher Offizier ein Friedensforschungsinstitut leitete, war damals noch ungewöhnlicher als es heute wäre. Ebenso außergewöhnlich für die damalige Zeit waren die Themen, die Graf Baudissin mit in das IFSH brachte. Das war zum einen das damals noch stark angefeindete Konzept der „Inneren Führung“, die andere Idee war die Vorstellung einer von Ost und West gemeinsam organisierten strategischen Stabilität durch „kooperative Rüstungssteuerung“ (KRSt). Dies sollte verhindern, dass das instabile, auf Erhaltung nuklearer Zweitschlagsfähigkeit basierende Abschreckungssystem – durch Unfall, unbefugtes Agieren oder Fehlperzeption – in einen Atomkrieg abstürzen könnte. KRSt war darüber hinaus für die Entspannung der politischen Konfrontation in Europa von herausragender Bedeutung. Die Vermischung politischer und militärischer Elemente des Ost-West-Kon-

flikts machte Fortschritte auf politischem Feld von militärischer Stabilität abhängig. KRSt war, in den Worten von Dieter S. Lutz, dem dritten Direktor des IFSH von 1994 bis 2003, ein Konzept „das ... eher auf eine Stabilisierung des Abschreckungssystems denn auf seine Ablösung“ (Lutz 1997: 36) zielte.

Gemeinsame Sicherheit

Das änderte sich mit dem Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ (Common Security), das der zweite Direktor des IFSH, Egon Bahr (1984 bis 1994), mit an das Institut brachte. Bahr war Mitglied der berühmten Palme-Kommission gewesen, die 1982 den „Palme-Bericht“ (Der Palme-Bericht. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit, Berlin 1982) veröffentlicht hatte. In diesem Bericht heißt es grundlegend: „Es ist folglich von allergrößter Bedeutung, daß an die Stelle von der Doktrin der gegenseitigen Abschreckung etwas anderes tritt. Unsere Alternative lautet: gemeinsame Sicherheit. In einem Atomkrieg besteht keinerlei Aussicht auf einen Sieg; beide Sei-



ten würden gleichermaßen von Leid und Zerstörung betroffen. Sie können nur gemeinsam überleben. Beide Seiten müssen Sicherheit erlangen nicht vor dem Gegner, sondern gemeinsam mit ihm. Internationale Sicherheit muss von der Verpflichtung zu gemeinsamem Überleben getragen sein, nicht von der Androhung gegenseitiger Vernichtung.“ (Der Palme-Bericht. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit, Berlin 1982: 12). Zwischen 1986 und 1991 versuchte man am IFSH, den relativ allgemeinen Begriff der „gemeinsamen Sicherheit“ mit Substanz zu füllen. Grundlegend dafür war die Schrift von Reinhard Lutz „Gemeinsame Sicherheit. Grundzüge einer Alternative zum Abschreckungsfrieden“ von 1986, in der er Ziele, Mittel und Träger dieses neuen Ansatzes weiter ausdifferenzierte. Die Ergebnisse der weiteren Diskussion sind in sechs von Egon Bahr und Dieter S. Lutz gemeinsam herausgegebenen ‚Blauen Bänden‘ (Nomos Verlag, Reihe Militär, Rüstung, Sicherheit) nachzulesen.

Das begann mit begrifflichen Klärungen, etwa von „Sicherheitspartnerschaft“ und „Gemeinsamer Sicherheit“ und einer Verortung von Gemeinsamer Sicherheit im Koordinatensystem anderer zentraler sicherheitspolitischer Begriffe wie Abschreckung, Rüstungskontrolle, Unilateralismus oder Neutralität (vgl. Bahr/Lutz (Hrsg.) 1986). Bereits in diesem ersten Band beschreibt Lutz ausführlich die Rezeption der neuen Gedankenwelt Gemeinsamer Sicherheit durch die SPD, insbesondere in deren Sicherheitspolitischer Kommission und der 1982 eingerichteten und von Egon Bahr geleiteten Arbeitsgruppe „Neue Strategien“ (Lutz 1986). Damit zeichnete sich

ein Muster ab, das für die Amtszeit Egon Bahrs als IFSH-Direktor, insbesondere aber für die Periode bis 1990 prägend war: Am IFSH wurden Konzepte erarbeitet, die Bahr dann über die Gremien der SPD und den Deutschen Bundestag politisch umzusetzen versuchte. Das war Politikberatung pur, allerdings, und das mutet von heute aus gesehen doch problematisch an, hauptsächlich ausgerichtet auf eine Partei.

In den Jahren 1987 bis 1991 befasste man sich am IFSH mit der Ausarbeitung einer Reihe weiterer Aspekte Gemeinsamer Sicherheit, so thematisiert Band II von 1987 u.a. deren rechtliche, ökonomische und psychologische Aspekte. Band III ist ganz der Diskussion der sogenannten Strukturellen Angriffsunfähigkeit gewidmet, damals das zentrale Konzept zumindest der deutschen Szene alternativer Verteidigungsstrategien. Mit nicht weniger als 27 Autoren in diese Denkrichtung in Band III repräsentativ vertreten (darunter allerdings keine Frau). Weiterhin fällt ein weitgehender Mangel an Internationalität auf, die Diskussion wird hauptsächlich unter Deutschen geführt, völlig im Gegensatz zur Palme-Kommission, in der kein Land zweimal vertreten war. Band IV (1989) schreitet dann von der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit zur Strukturellen Angriffsunfähigkeit fort und legt damit einen zweiten Mangel der Debatte offen, nämlich einen gewissen Hang zur Scholastik. Band V (1990), Mitte 1989 abgeschlossen, bringt dann – endlich – eine Reihe internationaler Debattenbeiträge. Zusammenfassend kann man sagen, dass das in Deutschland ganz wesentlich vom IFSH getragene Konzept Gemeinsamer Sicherheit trotz gewisser Defizite die deutsche sicherheitspolitische Debatte in



Literatur:

- **Wolf Graf von Baudissin/Dieter S. Lutz**, Kooperative Rüstungssteuerung in Europa, Hamburg 1979 (IFSH-Forschungsberichte, Heft 11).
- **Egon Bahr/Dieter S. Lutz** (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit, Bd. I-VI, Baden-Baden 1986-1990/91.
- **Dieter S. Lutz**, Sicherheitspartnerschaft und/oder Gemeinsame Sicherheit? Zur Entstehung und Entwicklung der Begriffe und ihrer Inhalte, in: Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit. Idee und Konzept, Bd. I: Zu den Ausgangsüberlegungen, Grundlagen und Strukturmerkmalen Gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden 1986.
- **Reinhard Mutz**, Gemeinsame Sicherheit. Grundzüge einer Alternative zum Abschreckungsfrieden, Hamburg 1986 (Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 1).
- **Egon Bahr/Dieter S. Lutz** (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft – Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG). Teil I des Symposiums über die Perspektiven Europäischer und Globaler Friedens- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Veranstaltungen der Freien und Hansestadt zum 50. Jahrestag der Luftangriffe auf Hamburg, Baden-Baden 1994/95.
- **Egon Bahr/Dieter S. Lutz** (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft – Globale Herausforderungen, Teil II des Symposiums über die Perspektiven Europäischer und Globaler Friedens- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Veranstaltungen der Freien und Hansestadt zum 50. Jahrestag der Luftangriffe auf Hamburg, Baden-Baden 1994/95.
- **Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)**, Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft: Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert. Bonn 1995.
- **Dieter S. Lutz**, Arbeitsschwerpunkt I, Die Suche nach Alternativen: Vom Abschreckungssystem zur Kollektiven Sicherheit, in: Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Herausgegeben aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens des IFSH von Susanne Bund und Anna Kreikemeyer, Hamburg 1997, S. 35-40.
- **Wolfgang Zellner**, in consultation with Alyson Bailes, Victor-Yves Ghebali, Terrence Hopmann, Andrei Zagorski, and experts at the Centre for OSCE Research, Managing Change in Europe. Evaluating the OSCE and Its Future Role: Competencies, Capabilities, and Missions, Hamburg 2005 (CORE Working Paper 13).
- **Wolfgang Zellner**, in consultation with Pál Dunay, Victor-Yves Ghebali, Terrence Hopmann, Sinikukka Saari, Andrei Zagorski, and experts at the Centre for OSCE Research, Identifying the Cutting Edge: The Future Impact of the OSCE, Hamburg 2008 (CORE Working Paper No. 17).
- **IFSH** (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2009, Baden-Baden 2010.
- **Ulrich Kühn**, Medvedev's Proposals for a New European Security Order: A Starting Point or the End of the Story?, in: Connections, The Quarterly Journal 9:2 (2010), S. 1-16.



den Jahren bis 1990 ganz wesentlich mit beeinflusst und die Programmatik der großen Oppositionspartei SPD substanzuell geprägt hat.

Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft

Die Ereignisse von 1989/1990 warfen sofort die Frage auf, was dieser Epochenbruch für die (europäischen) Sicherheitsbeziehungen bedeuten würde. Egon Bahrs Antwort darauf lautete: „Im IFSH haben wir uns gefragt, welches Konzept also an die Stelle der Gemeinsamen Sicherheit treten sollte, die auf dem Ost-West-Konflikt basierte. Wir kamen auf die Idee der kollektiven Sicherheit – erstaunlicherweise die alte Idee der Vereinten Nationen, behaftet mit dem Vetorecht, dem Feind der Kollektivität. [...] Die Konsequenz dieser Überlegungen war eine Sicherheitsgemeinschaft in Europa, unbelastet vom Vetorecht.“ (Bahr 1994/95: 19/20). Ähnlich Dieter S. Lutz: „Konsequent zu Ende gedacht führt ‚Gemeinsame Sicherheit‘ somit langfristig zu einem System Kollektiver Sicherheit. Mit anderen Worten: In der Logik des Übergangskonzeptes von Gemeinsamer Sicherheit liegt Kollektive Sicherheit.“ (Lutz 1997: 37). Die „Europäische Sicherheitsgemeinschaft“ (ESG) sollte sich, so Lutz, „gerade im Konfliktfall bewähren.“ (ebd.). Insofern fokussierte das ESG-Konzept – vielleicht am pointiertesten ausgearbeitet in der IFSH-Studie „Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft: Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert“ (IFSH 1995) – stark auf die Verregelung von zwischenstaatlichen Entscheidungsprozessen auch und in letzter Konsequenz gerade über

den Einsatz militärischer Gewalt. Obwohl selbst primär präskriptiv motiviert, thematisierte das ESG-Konzept die normativen innergesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Voraussetzungen der Realisierung einer Sicherheitsgemeinschaft kaum. Insofern wundert es nicht, dass der zumindest vom Begrifflichen her scheinbar naheliegende Berührungspunkt zum Konzept der „pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft“ von Karl Deutsch nach Kenntnis des Autors niemals thematisiert wurde. Für Karl Deutsch „the existence of a pluralistic security community would be tested operationally by the absence of systematic advance preparations for warfare in terms of significant amounts of manpower and resources“¹. Das heißt, die Mitglieder einer Sicherheitsgemeinschaft rüsten nicht gegeneinander, weil sie sich normativ so nahe stehen, dass jedwede gegeneinander gerichtete Kriegsvorbereitung als obsolet erscheinen würde. Deutsch und andere hatten dies bereits Ende der 1950er Jahre für die Staaten des nordatlantischen Raums gezeigt². Damit wird aber auch deutlich, dass die ESG des IFSH und die pluralistische Sicherheitsgemeinschaft von Karl Deutsch wenig miteinander zu tun haben, ja von ganz verschiedenen Prämissen ausgehen: Während die ESG in letzter Instanz

1 Deutsch, Karl W., *Political Community at the International Level. Problems of Definition and Measurement*, 1970, S. 41. „Die Existenz einer pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft würde operativ getestet durch die Abwesenheit systematischer Kriegsvorbereitung in Bezug auf die Bereitstellung einer relevanten Anzahl von Personal und entsprechender Ressourcen“ (eigene Übersetzung).

2 Deutsch, Karl W. et al., *Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience*, New York 1957, reprinted 1969.



einen internationalen Entscheidungsprozess über einen möglichen Militäreinsatz verregeln will, werden Krieg und die Vorbereitung darauf im Konzept von Deutschdadurch obsolet, dass die normativen Voraussetzungen dafür entfallen sind.

Die ESG war bis in die frühen 2000er Jahre hinein so etwas wie ein Markenzeichen des IFSH. Die tatsächliche Ausstrahlung des Konzepts war aber eher gering, anders als die Gemeinsame Sicherheit beeinflusste die ESG nicht in größerem Maße die sicherheitspolitische Diskussion in Deutschland oder die Positionsbildung einer Partei, von der internationalen Ebene ganz zu schweigen.

Fazit

Damit stand die IFSH-Diskussion über Themen europäischer Sicherheit in den 1980er und 1990er Jahren unter zwei großen Überschriften – Gemeinsame Sicherheit und ESG. In den 2000er Jahren hingegen war die Befassung mit diesem Themenkreis sporadischer, auch kleinteiliger und stärker auf die OSZE fokussiert. Sie wurde zudem weniger von Persönlichkeiten vorangetrieben, sondern basierte auf den Vorgaben von Forschungsprogrammen sowie auf externen Aufträgen. 2005 und 2007 entstanden in Vorbereitung des finnischen OSZE-Vorsitzes für das finnische Außenministerium die beiden Berichte „Managing Change in Europe“ (Zellner et al. 2005) und „Identifying the Cutting Edge: The Future Impact of the OSCE (Zellner et

al. 2007), an denen eine Reihe renommierter internationaler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mitarbeiteten – Alyson Bailes, Pál Dunay, Victor-Yves Ghebali, Terrence Hopman, Sinikukka Saari und Andrei Zagorski. Auch am sogenannten Korfu-Prozess der OSZE, einer Serie von Diskussionen über europäische Sicherheitsfragen 2009 und 2010, beteiligten sich Mitarbeiter des Zentrums für OSZE-Forschung (CORE) am IFSH. Diese Arbeit wird, unter anderem in einer Reihe von Workshops mit dem Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten (PISM) und dem Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen (MGIMO) zusammen mit den Leitern der OSZE-Vertretungen Deutschlands, Polens und Russlands fortgesetzt.

In der Rückschau könnte man sagen, dass man am IFSH in den 1970er Jahren mit dem relativ pragmatischen Konzept der „kooperativen Rüstungssteuerung“ begann, sich Fragen europäischer Sicherheit zuzuwenden. In den 1980er und 1990er Jahren folgten zwei normativ motivierte Großprojekte – Gemeinsame Sicherheit und ESG – von denen das erste deutlich erfolgreicher als das letztere war. Die aktuelle Phase kann man als Rückkehr zu einem Policy-orientierten Ansatz verstehen. Festzuhalten bleibt: In seiner 40-jährigen Geschichte hat man sich am IFSH immer und meist intensiv mit den Grundfragen europäischer und teils globaler Sicherheit befasst.

Wolfgang Zellner



Die Innere Führung der Bundeswehr: Traditioneller Forschungsgegenstand am IFSH

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema „Innere Führung“ hat am IFSH eine lange Tradition – es ist dem Institut gleichsam in die Wiege gelegt worden. Denn der Gründungsdirektor, Generalleutnant a.D. Professor Wolf Graf von Baudissin, war als „Vater der Inneren Führung“ einst in der Aufbauphase der Bundeswehr selbst maßgeblich an der Konzipierung der Inneren Führung beteiligt.

Ein entscheidender Anlass für diese damals völlig neue, ja revolutionäre Konzeption mit dem Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“ waren die verhängnisvollen Folgen, die aus dem – die deutsche Geschichte über einen langen Zeitraum kennzeichnenden – strukturellen Gegensatz zwischen dem Militär und seinem sozio-politischen Umfeld resultierten. Die Grundintention der Inneren Führung ist in letzter Konsequenz, diesen Gegensatz durch die Verwirklichung staatlicher und gesellschaftlicher Werte und Normen auch in den Streitkräften möglichst zu überwinden.

Innere Führung im Wandel

In großen Teilen der Bundeswehr indessen wurde diese Idee eher abgelehnt oder sie traf zumindest auf Unverständnis. Vor allem in den Anfangsjahren behielten die „Traditionalisten“, für die der Soldatenberuf ein Beruf *sui generis* ist, gegenüber den Reformern, die ihn als Beruf wie jeden anderen und als Teil der demokratischen Gesamtgesellschaft sehen, weitgehend die Oberhand. Baudissin selbst ist Ende der 1960er Jahre zu der Auffassung gelangt, dass die Realisierung des Konzepts der Inneren Führung gescheitert sei.

Eine Wendung zum Besseren schien sich in der Amtszeit des ersten sozialdemokratischen Bundesverteidigungsministers Helmut Schmidt anzubahnen. Freilich resultierten die damals eingeleiteten Reformen zu einem nicht geringen Teil aus der Erkenntnis, dass nur durch substanzielle Verbesserungen bei der Bildung und Ausbildung, Information und Motivation der Sol-

daten eine höhere militärische Effizienz zu erzielen wäre – was gerade zu jenem Zeitpunkt allgemein als notwendig angesehen wurde. Innere Führung wurde infolgedessen in der Bundeswehr und ihrem politischen Umfeld auch von ihren Befürwortern meist auf ein zeitgemäßes Führungs- und Motivationskonzept reduziert.

Doch selbst in dieser gegenüber der ursprünglichen Intention zurückgestutzten Form hatten die Reformen nur begrenzte Erfolge. Schon unter Schmidts Nachfolgern setzte erneut ein Niedergang der Inneren Führung ein, der sich nach dem abermaligen Regierungswechsel Anfang der 1980er Jahre noch beschleunigte. Die Akzeptanzkrise, in die die Bundeswehr in der zweiten Hälfte jenes Jahrzehnts geriet, war nicht zuletzt auch dieser Entwicklung geschuldet.

Nach den tief greifenden Umbrüchen in Europa in den Jahren 1989/91 standen nicht nur die deutsche Sicherheitspolitik



Militärischer Anteil am IFSH 1976-2011

Major i.G. Heinrich Buch, 1976/77
 Major i.G. Erhard Rosenkranz, 1977/78
 Major i.G. Ernst Lutz, 1979/80
 Major i.G. Justus Gräbner, 1980/81
 Major i.G. Heinz-Jürgen Beuter, 1982
 Major i.G. Heinz-H. Meyer von Thun, 1982
 Major i.G. Bernd Oldewurtel, 1983
 Major Franz H. U. Borkenhagen, 1983/84
 Major i.G. Dieter Schuster, 1983/84
 Major i.G. Bernd Pröll, 1985
 Fregattenkapitän von Hanneken, 1986
 Fregattenkapitän Jörg Owen, 1987
 Major i.G. Ludger Dünne, 1987/88
 Major i.G. Arnold Teicht, 1988
 Major Roland Kaestner, 1989-1991
 Fregattenkapitän Wolfgang Anders, 1991/92
 Major i.G. Jörg Barandat, 1992/93
 Major i.G. Peter-Michael Zenk, 1993/94
 Oberstlt. Dr. Jürgen Groß, 1994-2006
 Oberstlt. i.G. Dr. Armin Wagner, 2006-2009
 Oberstlt. i.G. Dr. Johann Schmid, 2010/11

und die Streitkräfte im Allgemeinen, sondern ganz speziell auch das Konzept der Inneren Führung vor neuen Herausforderungen. Dabei waren folgende Aspekte von besonderer Bedeutung:

Zum einen eine neue Qualität der Integration militärischer Führungsstrukturen innerhalb der (um die Staaten des östlichen Europas erweiterten) Nordatlantischen Allianz und auch der (ebenfalls größer gewordenen) Europäischen Union: Damit gewann die Frage an Bedeutung, inwieweit das Bundeswehrkonzept der Inneren Führung mit den zum Teil ganz andersartigen Vorstellungen in den verbündeten Armeen kompatibel ist, wo Harmonisierungen angebracht sind und wie sich unerwünschte

Nivellierungsprozesse vermeiden lassen.

Zum anderen der allmählich einsetzende Wandel der Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“: Die bisherigen Reformer und überzeugten Verfechter der Inneren Führung und des Leitbildes „Soldat für den Frieden“ gerieten angesichts der radikal geänderten Verhältnisse weiter in die Defensive.

Schließlich der Übergang von der allgemeinen Wehrpflicht zu Freiwilligenstreitkräften auch in Deutschland: In der bald einsetzenden öffentlichen Debatte um die künftige Wehrform nahmen die gesellschaftspolitischen Aspekte völlig zu Recht stets einen hohen Stellenwert ein.

Innere Führung als institutionalisierter Forschungsgegenstand am IFSH

Diesen Entwicklungen, die hier nur angedeutet werden können, wurde im IFSH auch in institutioneller Hinsicht Rechnung getragen:

- Das IFSH genoss seit den 1970er Jahren das Privileg, einen von der Bundeswehr abgeordneten Offizier zu seinem Personal rechnen zu können – eine seltene Ausnahme an zivilen wissenschaftlichen Instituten. Über viele Jahre bildete diese Einrichtung des „Militärischen Anteils am IFSH“ eine eigenständige Dienststelle der Bundeswehr, die dem Verteidigungsministerium fachlich direkt unterstellt war und auf diese Weise Expertisen und Empfehlungen aus dem IFSH unmittelbar den zuständigen Referaten zuleiten konnte.
- Im Jahr 1995 wurde mit Mitteln der Volkswagenstiftung und später des



Teilnehmer am Internationalen Fellowship-Programm Graf Baudissin des IFSH (1996 – 2011)

1. OTL Jerzy M. Niepsuj, Verteidigungsministerium der Republik Polen (1996)
2. Oberst i.G. Pawel Seydak, Verteidigungsministerium der Republik Polen (1996)
3. Oberst i.G. Alexandr I. Buzhan, Verteidigungsministerium der Republik Belarus, (1997)
4. Oberst i.G. Wassilij Kustschow, Verteidigungsministerium der Ukraine (1997)
5. Prof. Felix Angelstok, Akademie für Landesverteidigung, Republik Estland (1997/98)
6. Oberst i.G. Lubomir Bulik, Verteidigungsministerium der Slowakischen Republik (1998)
7. Major Augustin Vaduva, Verteidigungsministerium Rumäniens (1998)
8. Oberst i.G. Nicolaij Chodajkowskij, Verteidigungsministerium der Ukraine (1998)
9. Oberst i.G. Jaromir Kafka, Verteidigungsministerium der Tschechischen Republik, (1998/09)
10. Dr. Emil Mintchev, Gesandter der bulgarischen Botschaft in Deutschland (1998/1999)
11. Major Cristian Scarlat, Verteidigungsministerium Rumäniens (1998/1999)
12. Oberst Dr. Michail G. Ljoschin, Verteidigungsministerium der Russischen Föderation (1999)
13. Oberst i.G. Štefan Mear, Verteidigungsministerium der Slowakischen Republik, (1999/2000)
14. Dr. Maria Szabo, Universität für Landesverteidigung, Republik Ungarn (2000)
15. Dr. Todor Borissov Kobourov, Verteidigungsministerium der Republik Bulgarien (2000)
16. Oberst i.G. Geno Tchipilski, Generalstab der bulgarischen Streitkräfte (2000)
17. Oberst i.G. Alexandr Tkachenko, Verteidigungsministerium der Ukraine (2000/2001)
18. Peter Wolf, Universität für Landesverteidigung, Republik Ungarn (2001)
19. Oberst Miroslav Martoch, Verteidigungsministerium der Tschechischen Republik (2001)
20. David Aphrasidze, Foreign Policy Research and Analysis Center at the MFA of Georgia (2001)
21. Levente Gajdosci, Institut für Landesverteidigung, Republik Ungarn (2002)
22. Andreas Saumets, Akademie für Landesverteidigung, Republik Estland (2003/04)
23. Stanimira Tschoubatarova, Verteidigungsministerium der Republik Bulgarien (2004)
24. Oberst Michail Wlassow, Verteidigungsministerium der Ukraine (2005/06)
25. Oberst Mircea Popa, Verteidigungsministerium Rumäniens (2005/6)
26. Oberstleutnant Zoran Stojkovski, Verteidigungsministerium Mazedoniens (2008/09)
27. Oberst Tomislav Galic, Verteidigungsministerium der Republik Kroatien (2009/10)
28. Major Emir Huskanovic, Verteidigungsministerium von Bosnien und Herzegowina (2010/11)



Deutschen Bundeswehrverbands ein „Internationales Fellowship-Programm Graf Baudissin“ eingerichtet und durchgeführt. Im Rahmen dieses Programms, das von Dr. Hans-Georg Ehrhart geleitet wird, sollen vorrangig Offiziere aus den Staaten des östlichen Europas mit Grundsätzen der Einbettung von Streitkräften in eine demokratisch-pluralistische Gesellschaft und in eine rechtsstaatliche Ordnung – im Kontext europäischer Sicherheit – vertraut gemacht werden.

- Weiterhin rief der damalige Direktor, Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz, im Herbst 1999 die aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Politikern und Militärs zusammengesetzte Expertenkommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ ins Leben. Diese Kommission, deren Arbeit zunächst lediglich auf die Dauer eines Jahres angelegt war, hat sich – dem permanenten Transformationsprozess in den deutschen Streitkräften entsprechend – mittlerweile als ständige Einrichtung etabliert. Innere Führung bildet dabei einen ihrer Arbeitsschwerpunkte. Vorsitzender der Kommission ist stets der Direktor des IFSH.
- Schließlich wurde im Jahr 2006 die Forschungsgruppe „Demokratisierung von Streitkräften (DemoS)“ am IFSH eingerichtet. In ihr arbeiten Wissenschaftler zusammen, die allesamt zuvor bereits jahrelang an Institutionen in und außerhalb der Bundeswehr zum Thema „Innere Führung“ gearbeitet haben. Die Forschungsgruppe wird von Dr. Jürgen Groß geleitet.

Forschungsschwerpunkte im Bereich der Inneren Führung

Allmählich bildete sich in den genannten Einrichtungen eine meist noch enge Schwerpunktsetzung innerhalb der Gesamtthematik heraus. Besonders dringlich erschien eine nähere Untersuchung der Frage, ob die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte, die unter dem Schlagwort „Armee in der Demokratie“ in der Vergangenheit im Großen und Ganzen als hinreichend gesichert gelten konnte, durch die zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht an tatsächlicher Effektivität einbüßte und welche Konsequenzen gegebenenfalls daraus zu ziehen wären.

Darüber hinaus wurde es als notwendig erachtet, insbesondere die strukturelle Verankerung der Inneren Führung in der Bundeswehr kritisch zu betrachten, da diese überhaupt erst die Voraussetzung für die Etablierung demokratischer Elemente innerhalb der Streitkräfte bildet. Die mangelhafte „Demokratie in der Armee“ galt ja seit jeher als das eigentliche Defizit innerhalb der Gesamtproblematik.

Vor allem aber setzte sich das Institut frühzeitig an die Spitze der Wehrpflichtdebatte und widmete sich in diesem Rahmen insbesondere den gesellschaftspolitischen Aspekten – mit dem Ergebnis, das eine Änderung der Wehrform in Deutschland gewiss kein Schaden für die Innere Führung bedeuten muss, sondern ganz im Gegenteil ihr neue Chancen eröffnet.

Schließlich befasste sich das IFSH angesichts der Realität von Einsätzen in Gewaltkonflikten mit der klassischen baudissinschen Frage, wie Innere Führung und der Wandel des Kriegsbildes zusammenhängen.

Literaturauswahl

- **Hans-Georg Ehrhart**, Innere Führung und der Wandel des Kriegsbildes, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48/2009, S. 23-29.
- **Detlef Bald/Hans-Günter Fröhling/Jürgen Groß/Claus v. Rosen** (Hrsg.), Zurückgestutzt, sinnentleert, unverstanden: Die Innere Führung der Bundeswehr, Baden-Baden 2008.
- **Detlef Bald**, Die Bundeswehr, Eine kritische Geschichte 1955-2005, München 2005.
- **Jürgen Groß**, Demokratische Streitkräfte, Baden-Baden 2005.
- **Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH**, Demokratie hört nicht am Kasernentor auf. Die Innere Führung in der Bundeswehr muss strukturell verbessert werden, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 1/2004, S.45-47.
- **Hans-Georg Ehrhart** (Hrsg.), Militär und Gesellschaft im Kontext europäischer Sicherheit. Wie modern ist das Denken Graf Baudissins im 21. Jahrhundert? Baden-Baden 2001.
- **Jürgen Groß/Dieter S. Lutz** (Hrsg.), Wehrpflicht ausgedient, Baden-Baden 1998.

Ausblick

Ständige Wandlungsprozesse in einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft machen auch künftig die Weiterentwicklung der Inneren Führung in der Bundeswehr zu einer permanenten Aufgabe; Innere Führung wird nie „fertig“. Eine Minimierung des gleichwohl nie vollständig aufzulösenden Spannungsfeldes zwischen

Demokratie und Militär kann umso eher gelingen, je größer die Anzahl unabhängiger Einrichtungen ist, die vorhandene Defizite auf diesem Sektor analysieren und nach neuen, auch unkonventionellen Lösungswegen suchen. Das IFSH wird sich daher auch in Zukunft bemühen, dazu einen konstruktiven Beitrag zu leisten.

Hans-Georg Ehrhart/Jürgen Groß



Wolf Graf von Baudissin bei einer Diskussionsveranstaltung 1977 (Quelle: Baudissin Dokumentationszentrum)



Politikberatung am IFSH

Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt hat Anfang des Jahres in Berlin bei einem Festakt der Max-Planck-Gesellschaft sowohl auf die „Holschuld der Politik“ als auch auf die „Bring-schuld der Wissenschaft“ und ihre Mitverantwortung für die weitere Entwicklung der Menschheit im 21. Jahrhundert verwiesen. Neben den Fragen der globalen Erwärmung, der Globalisierung der Ökonomie, der Regulierung der Finanzmärkte, der Energie- und Ressourcenproblematik und dem Welternährungsproblem hat der Ex-Kanzler in seiner Rede auch auf die zunehmende weltweite Hochrüstung, die weiterhin angehäuften atomare Vernichtungskraft, das Problem der Dual-Use-Technologien sowie die Verfeinerung der konventionellen Waffen als Menschheitsprobleme verwiesen. Dies sind Kernthemen des IFSH, die auch im 21. Jahrhundert bisher ungelöste Probleme darstellen. Bereits in seiner Satzung ist festgelegt, dass sich das IFSH „der Beratung nationaler und internationaler, staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen in friedens- und sicherheitspolitischen Fragen“ widmen soll. Diesem Auftrag ist das Institut in den 40 Jahren seines Bestehens immer nachgekommen – Politikberatung war durchgehend integraler Bestandteil der Arbeit des IFSH.

Wissenschaftliche Politikberatung muss methodisch gut vorbereitet, interdisziplinär, dialogfähig, und vor allem geduldig sein. Adressaten und Auftraggeber – Ministerien, internationale und nichtstaatliche Organisationen – sind anspruchsvoll, sie wollen präzise Analysen und prägnante Empfehlungen. Texte, in denen sich die eigene Unsicherheit hinter sprachlicher Kompliziertheit versteckt, sind nicht gefragt.

Genauso aber gilt: Gute Politikberatung ist nur dann möglich, wenn eine solide und problemorientierte Forschungsbasis vorhanden ist. Das IFSH kann also nur dort beraten, wo es auch forscht. Diese Feststellung ist auch grundlegend für das Verhältnis zwischen Auftraggeber und -nehmer bei (bezahlter) Politikberatung. Schon um opportunistische Anpassung an die Erwartungen von Auftraggebern zu verhindern, ist ein solides Forschungsfundament unabdingbar. An erster Stelle steht das An-

liegen, mittels wissenschaftsbasierter Methoden und Fakten zu Fragen der Friedenskonsolidierung und der internationalen Sicherheit beizutragen und erst an zweiter Stelle folgt die Pflicht, das Erkenntnis- und Theoriengebäude der Wissenschaften zu erweitern.

Expertisen

Politikberatung kann viele Formen annehmen. Die geläufigste ist sicher das Erstellen von kürzeren oder längeren Studien bzw. Berichten, wie dies am IFSH laufend praktiziert wird. So erarbeitet das Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) am IFSH regelmäßig Expertisen für das OSZE-Referat des Auswärtigen Amtes (AA), aber auch für andere Außenministerien. Auch die Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR²) am IFSH erarbeitet häufig Expertisen für das AA im Bereich aktueller Rüstungskontrollfragen. Zu den weiteren



Auftraggebern gehörten zum Beispiel das Büro für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages (TAB), das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und das Europa-Parlament. Zuletzt wurde eine größere Studie über Raketenabwehr im Auftrag der Hamburger Akademie der Wissenschaften erstellt, deren Ergebnisse international vorgestellt und diskutiert wurden. Das Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS) erstellte Studien unter anderem für die OECD, das Europäische Parlament und die Stiftung Entwicklung und Frieden.

Forschungsprojekte mit Beratungselementen

Neben Studien, die im Auftrag politischer Akteure erarbeitet werden, haben viele der am IFSH durchgeführten wissenschaftlichen Projekte den Anspruch, die politische Diskussion zu befördern. Ein Beispiel ist das Projekt „Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandelssicherheit: Indikatoren, Perzeptionen und Handlungsoptionen“ (PiraT), das derzeit am ZEUS zusammen mit einer Reihe von wissenschaftlichen Partnern und solchen aus der Praxis bearbeitet wird. PiraT ist zwar primär ein großes wissenschaftliches Projekt, andererseits aber sind Fragestellung und assoziierte Partner – u.a. der Verband Deutscher Reeder, die Bundespolizei und die Versicherungswirtschaft – stark praxisorientiert. Dementsprechend beinhaltet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogramms der Bundesregierung finanzierte Projekt einen klar definierten politikberatenden Auftrag.

Veröffentlichungen

Ein *zweiter Bereich* betrifft akademische Publikationen mit unmittelbarer *Praxis- und Beratungsorientierung*. Die wohl wichtigste Aktivität ist hier die Mitarbeit des IFSH am jährlich erscheinenden Friedensgutachten, das von den fünf führenden Friedensforschungsinstituten in Deutschland herausgegeben und vor der Bundespressekonferenz sowie in den einschlägigen Bundestagsausschüssen, aber auch in Brüssel vorgestellt wird. Ein anderes Beispiel ist das OSZE-Jahrbuch, das seit 1995 auf Englisch, Deutsch und Russisch veröffentlicht wird. Aber auch das von Hans J. Giessmann herausgegebene *Security Handbook* zählt dazu. Am IFSH entsteht auch die Zeitschrift *Sicherheit und Frieden*, die den Dialog zwischen Wissenschaft und Praktikern in den Feldern Friedensforschung und Sicherheitspolitik befördern will. Hinzu kommen an eine breitere Öffentlichkeit gerichtete *Policy Paper*, die als „Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ verbreitet werden, etwa zur Piraterie vor Somalia, zum Nahostkonflikt oder zum Kaukasuskrieg.

Neben diesen regelmäßigen Reihenpublikationen zielen auch zahlreiche einzelne Veröffentlichungen aus dem IFSH vor allem auf die Information politischer Akteure. Ein Beispiel ist der 2009 von Wolfgang Zellner, Hans-Joachim Schmidt und Götz Neuneck herausgegebene Band zur Zukunft des KSE-Regimes, der zur Vorbereitung einer großen zwischenstaatlichen Konferenz entstand und vom damaligen Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.



Konferenzen und Workshops

Ein drittes Feld von Politikberatung stellt die Organisation von *Konferenzen und Workshops* dar. Das können vom IFSH initiierte Veranstaltungen sein, die Praktikern Diskussionsforen bieten, es können aber auch solche sein, die gemeinsam mit oder auf Veranlassung von externen Auftraggebern veranstaltet werden. Nur einzelne Beispiele können an dieser Stelle genannt werden. Sowohl IFAR² als auch CORE führen regelmäßig Workshops mit den zuständigen Abteilungen des AA durch. Mit Unterstützung des AA hat Anfang Juli 2011 die Pugwash Conference on Science and World Affairs in Berlin stattgefunden. ZEUS hat in den vergangenen Jahren internationale Workshops zu Afghanistan in Kooperation mit der NATO, kanadischen Partnern und der Führungsakademie der Bundeswehr durchgeführt. Sowohl CORE als auch ZEUS haben größere Tagungen in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Loccum organisiert, an der neben Politikern auch Vertreter gesellschaftlicher Gruppen aus dem In- und Ausland teilnehmen. Ein „kleine“ Form von Workshops sind Veranstaltungen in Berlin, zu denen Abgeordnete, Ministerialbeamte und andere Interessierte zum Beispiel in die Hamburg-Vertretung in Berlin geladen werden. Anlässe dafür bieten die Vorstellung wichtiger Studien aus dem IFSH oder die Diskussion aktueller Konflikte.

Persönliche Beratung

Ein *vierter Bereich* von Politikberatung betrifft den mündlichen Transfer von Fachexpertise auf direktem und auf indirektem Wege. Direkt transferiert wird die Experti-

se des IFSH bei Anhörungen des Bundestages (etwa zu den Themen Afghanistan, NATO-Strategie, Piraterie, Rüstungskontrolle und Kongoeinsatz der Bundeswehr), von politischen Parteien (etwa zur Zukunft europäischer Sicherheit oder zur Bundeswehrreform) oder des Europäischen Parlaments. Zu den direkten Formen des Transfers von Expertise zählt auch die Mitgliedschaft in zahlreichen Beratungsgremien und Expertenkommissionen. Die Teilnahme von IFSH-Wissenschaftlern an Delegationen der Bundesregierung, so bei den Überprüfungskonferenzen des Nichtverbreitungsvertrags 2005 und 2010, ermöglichte den direkten Transfer politikberatender Expertise. Indirekter Transfer zur interessierten Öffentlichkeit erfolgt durch die zahlreichen Interviews in Presse, Funk und Fernsehen.

Ausbildung und Training

Ein *fünfter Bereich* von Politikberatung betrifft *Ausbildung und Training*. Das IFSH führt zielgerichtete praxisorientierte nicht-akademische Schulungen durch, die eng mit der Forschungsexpertise des IFSH verbunden sind. Das wohl kontinuierlichste Trainingsprojekt am IFSH ist das Bau-dissin-Fellowship-Programm, das seit 1996 am ZEUS läuft. CORE hat seit 2007 mehrwöchige Schulungen für Diplomatinen und Diplomaten künftiger OSZE-Vorsitzländer entwickelt. Solche Trainings wurden 2007 und 2008 für kasachische und 2009 für eine gemischte Gruppe litauischer und kasachischer Diplomatinen und Diplomaten durchgeführt. Daneben wirken Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH an einer Reihe von Sommerschulen und vergleichbaren Veranstaltungen mit,

die häufig an der Schnittstelle von akademischer Lehre und Politikberatung angesiedelt waren.

Aufbau von Institutionen

Sechstens schließlich ist der *Aufbau von Institutionen* zu nennen, ein Bereich, in dem das IFSH nur gelegentlich tätig wird. Wichtigstes Beispiel ist die Mitarbeit von CORE am Aufbau der OSZE-Akademie in Bishkek, Kirgisistan. Ab 2002 war CORE im Auftrag des AA maßgeblich daran beteiligt, diese Einrichtung zu konzipieren und zu gründen. Das reichte von der Erstellung eines Basiskonzepts über den Entwurf eines *Master-Studiengangs* bis zu Fragen von *Fundraising* und Personalauswahl. Nach wenigen Jahren war die Akademie fähig, eigenständig zu funktionieren. Heute ist CORE dort nicht mehr operativ tätig, unterhält aber nach wie vor sehr gute Kooperationsbeziehungen.

Politikberatung bedarf der Bescheidenheit und Geduld. Erfolgskriterium kann nicht sein, dass sich die beratene Institution die abgegebenen Empfehlungen unmittelbar zu eigen macht. Viel ist schon gewonnen, wenn diese zur Kenntnis genommen werden und in den gesellschaftlichen Diskurs einfließen. Die Umsetzung wissenschaftlich fundierter Erkenntnisse und Vorschläge kann daher länger dauern und ist davon abhängig, wie sie von wem und wie im politischen Geschäft aufgenommen werden. Auch wenn deshalb häufig nicht klar ist, welchen Stellenwert ihr Wort hatte, erleben es Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem IFSH immer wieder, das ihre Empfehlungen von der Politik aufgenommen werden, so aktuell etwa die Forderung nach dem Abzug US-amerikanischer taktischer Atomwaffen aus Europa.

*Hans-Georg Ehrhart, Götz Neuneck
Wolfgang Zellner*



CORE-Gründung 2000 im Hamburger Rathaus. V.l.n.r.: Dieter S. Lutz, Michael Otto, Ortwin Runde, Krista Sager, Bundespräsident Johannes Rau und Frau Christina Rau.

(Foto: Margret Johannsen)



Das Forschungsprogramm des IFSH

Transnationalisierung von Gewalttrisiken als Herausforderung europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik

Seit 2008 arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH an den Fragen, die in seinem Forschungsprogramm „Transnationalisierung von Gewalttrisiken als Herausforderung europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik“ entwickelt worden sind. Dabei spielen zwei zentrale Probleme eine besondere Rolle. Zum einen geht es um die Analyse grenzüberschreitender gesellschaftlicher („transnationaler“) Gewalttrisiken, die zunehmend an Gewicht gewinnen. Zum anderen wird untersucht, wie internationale Organisationen diese Risiken mit geeigneten Strategien und Instrumenten eindämmen können.

Transnationale Gewalttrisiken als Herausforderung

Zu den transnationalen Gewalttrisiken können grenzüberschreitende ethnische Konflikte, organisiertes Verbrechen wie Drogenschmuggel, Geldwäsche und Menschenhandel, sowie Terrorismus und Piraterie gezählt werden. Sie gefährden den Frieden in Europa direkt, wenn sie in Gewalt übergehen, sie können aber auch indirekt wirken, wenn sie globale europäische Belange, z.B. energie- und handelspolitische Interessen, beeinträchtigen. Gewalttrisiken erlangen insbesondere dann große sicherheitspolitische Bedeutung, wenn sie mit der Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen besonders verletzte Einrichtungen von hochtechnisierten Gesellschaften einhergehen.

Wie mit transnationalen Gewalttrisiken umgegangen werden kann, wird am IFSH anhand von drei Forschungsfragen untersucht: Mit welchen Strategien und Instrumenten und auf welchen Feldern versuchen insbesondere internationale Organisationen wie die Europäische Union (EU) und

die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) vorhandene und erwartete transnationale Gewalttrisiken einzuhegen? Inwieweit ist das diesbezügliche Wirken internationaler Organisationen effektiv und effizient im Sinne von Zielerreichung und Problemlösung? Welche Ansätze und Kriterien sind für die Bewertung der Strategien und Instrumente angemessen?

Dabei sind folgende Überlegungen maßgebend: Die Gewalttrisiken haben die Anforderungen an die europäische Friedens- und Sicherheitspolitik verändert. Einzelne Nationalstaaten sind zunehmend außerstande, diesen mit ihren eigenen Mitteln und in eigener Verantwortung gerecht zu werden. Ihre Bearbeitung erfordert grenzüberschreitende Kooperation und Koordination, d.h. die Entwicklung und Gestaltung nicht nur effektiver, sondern auch friedensverträglicher Formen internationalen sicherheitspolitischen Regierens. Wie diesem Anspruch Rechnung getragen werden kann, untersucht das IFSH mit Hilfe des Konzepts der Security Governance.



Forschungsprojekte: Terrorismus, Piraterie und ihre Bekämpfung

Thematische Schwerpunkte in der praktischen Forschungsarbeit des Instituts sind der transnationale Terrorismus sowie die Piraterie. Die Forschung richtet sich sowohl auf die Erfassung und Analyse dieser Gewalttrisiken als auch auf die Bewertung der zu ihrer Bekämpfung ergriffenen Maßnahmen. Die inhaltliche Schwerpunktsetzung auf den transnationalen Terrorismus und die Piraterie sowie die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung spiegelt sich nicht zuletzt in den Drittmittelprojekten, die am IFSH angesiedelt sind. Diese Projekte werden von der EU, der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert.

Das von der EU geförderte Projekt „A New Agenda for European Security Economics (EUSECON)“, an dem das IFSH innerhalb eines vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) geleiteten Konsortiums beteiligt ist, untersucht verschiedene ökonomische Aspekte von Sicherheit und Sicherheitsvorsorge im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität. Ökonomische Aspekte haben hier bisher kaum eine Rolle gespielt.

Das DFG-Projekt „Rechtfertigung nach gleichem Muster? Eine Untersuchung von Argumenten für die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung in den USA, der EU und Russland“ untersucht Überzeugungs- und Rechtfertigungsargumente von Regierungen für die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terro-

rismusbekämpfung. Geprüft wird, ob sich die Argumente, die von Regierungen für eine Durchführung „außerordentlicher“ Maßnahmen ins Feld geführt werden, im Zeitverlauf angenähert haben. Dies könnte die weltweite Geltung von Menschen- und Bürgerrechten aufweichen.

Das vom BMBF finanzierte Verbundprojekt „Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandels-sicherheit: Indikatoren, Perzeptionen und Handlungsoptionen (PiraT)“ bietet eine Plattform für Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft im Problemfeld Seehandels-sicherheit. Es werden Indikatoren für die Erfassung von Risikowahrnehmungen entwickelt sowie auf die Entwicklung einer gemeinsamen Risikodeutung hingearbeitet. Der Projektverbund strebt auf der Basis des Security Governance-Konzepts einen umfassenden Ansatz an, der politikwissenschaftliche Risikoanalysen und technologische Sicherheitslösungen mit rechtlichen und wirtschaftlichen Lösungsvorschlägen verknüpft. Ziel ist es, nichtmilitärische Handlungsoptionen zur Stärkung der Seehandels-sicherheit zu entwickeln.

Ebenfalls vom BMBF gefördert wird das Verbundprojekt „Terrorismus und Radikalisierung – Indikatoren für externe Einflussfaktoren (TERAS-INDEX)“. Es fasst sich mit den Folgewirkungen des außen- und sicherheitspolitischen Handelns der Bundesrepublik Deutschland. Gefragt wird, ob und inwieweit ihr Engagement in Konflikten außerhalb Deutschlands Rückwirkungen auf islamistische Radikalisierungsprozesse im Inneren hat. Es werden Indikatoren erarbeitet, die frühzeitig auf islamistische Radikalisierungsprozesse in



Literatur

- **Michael Brzoska/Axel Krohn** (Hrsg.), *Overcoming Armed Violence in a Complex World*, Opladen/Farmington Hills 2009.
- **Hans-Georg Ehrhart/Martin Kahl** (Hrsg.), *Security Governance in und für Europa – Konzepte, Akteure, Missionen*, Baden-Baden 2010.
- **Martin Kahl** (Hrsg.), *The Transnationalisation of Risks of Violence*, Baden-Baden 2011.
- **Kerstin Petretto**, *Somalia: Ein sicherer Hafen für Piraten und Terroristen?*, in: Josef Braml/Thomas Risse/Eberhard Sandscheider (Hrsg.), *Einsatz für den Frieden. Sicherheit und Entwicklung in Räumen begrenzter Staatlichkeit*. Jahrbuch Internationale Politik, Band 28, München 2010, S. 162-167.
- **Matenia Sirseldoudi**, *Radikalisierungsprozesse in der Diaspora*, in: *Radikalisierung von europäischen Muslimen: Zwei Erklärungsansätze*. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 44/2010, S. 39-43.

Deutschland hinweisen können und Gelegenheitsfenster öffnen, um diesen Prozessen entgegenzuwirken.

Außerhalb dieser Projekte wird eine Reihe weiterer Fragen in Bezug auf den Terrorismus untersucht, etwa, welche Rolle die EU und die OSZE bei der Bekämpfung des Terrorismus spielen oder auf welche Weise Maßnahmen zur Rüstungskontrolle dazu beitragen können, die Weiterleitung von Massenvernichtungsmitteln an terroristische Gruppierungen zu verhindern und wie die Folgen von Angriffen mit „schmutzigen Bomben“ bewältigt werden können.

Untersuchungskonzept: Security Governance

Konzeptionell wird im Rahmen des Forschungsprogramms von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH der Versuch unternommen, mit dem übergreifenden Konzept der Security Governance einen Rahmen für moderne Politikfeldanalyse zu entwickeln, in der staatliche

und nichtstaatliche Akteure zusammen gesehen werden. Das Konzept trägt der Entwicklung Rechnung, dass es zahlreiche und vielfach verschränkte Handlungsebenen und -träger zunehmend schwieriger machen, friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen im Alleingang zu begegnen. In der Praxis haben sich als Reaktion bereits komplexe Strukturen überstaatlichen Regierens, die unterschiedliche Arten von Akteuren einbeziehen und verstärkt auf Koordination innerhalb von Netzwerkstrukturen setzen, herausgebildet. Der Governance-Ansatz versucht diese neuen Formen des Regierens zu erfassen und zu analysieren.

Security Governance wird am IFSH in einem weiten Sinne verstanden als nicht-hierarchisches Konzept der Handlungskoordination (mehr oder weniger) autonomer staatlicher und nichtstaatlicher Akteure in sicherheitsrelevanten Bereichen. Der Zweck der Koordination ist es, auf der Basis gemeinsamer Normen, Werte und/oder Interessen Sicherheit für die beteiligten Ak-

teure und/oder Dritte zu gewährleisten. Im Fokus stehen dabei die Prinzipien, Strukturen, Mechanismen, Instrumente und Wirkungen dieser Handlungskoordination sowie die Frage, ob diese neuen Formen der Politik die Akteure besser in die Lage setzen, flexibel und effektiv auf neue Herausforderungen und veränderte Bedingungen zu reagieren.

Für das IFSH ist bei der Governance-Analyse von besonderer Bedeutung, dass Frieden mit Blick auf die heute am häufigsten vorkommenden Konfliktformen nur dann herbeigeführt und aufrechterhalten werden kann, wenn dauerhaft kooperative, gewaltvermeidende Beziehungen zwi-

schen den unterschiedlichen Arten von Akteuren über verschiedene Ebenen (substaatlich, staatlich, international) hinweg geschaffen werden können. Die Herausforderung besteht darin, das Governance-Konzept in Anknüpfung an Erkenntnisse anderer Gesellschafts-, Kultur- und Sozialwissenschaften weiterzuentwickeln und zu verfeinern. Im Sinne einer friedenspraktisch orientierten Wissenschaft bietet ein solcher Zugang Hinweise, wie friedenspolitische Herausforderungen von allen beteiligten Akteuren gemeinsam gemeistert werden können.

Martin Kahl



Workshop „Wege aus der Gewalt“ im Februar 2011 im IFSH



Praktikum, Studium, Promotion

– die Nachwuchsförderung am IFSH

Exzellente Forschung, wie sie das IFSH betreibt, lebt auch von der Nachwuchsförderung. Sie wurde dem IFSH bereits im Satzungsauftrag mitgegeben. Das IFSH soll sich „der Nachwuchsförderung durch Lehrtätigkeit in Zusammenarbeit mit der Universität Hamburg sowie anderen geeigneten Bildungseinrichtungen“ widmen. Viele der am IFSH tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben selber einmal die Nachwuchsförderung des IFSH in Anspruch genommen. Ohne diese enge gemeinsame Entwicklung wäre das IFSH nicht in derselben starken Position wie jetzt.

Die Nachwuchsförderung des IFSH basiert im Wesentlichen auf vier Instrumenten: Doktorandinnen und Doktoranden werden umfassend betreut, Praktikanten erhalten einen intensiven Eindruck von praktischer Friedensforschung, studentische Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter und Nachwuchskräfte tragen mit ihrer Arbeit zum Erfolg des IFSH bei und die Studierenden des „Master of Peace and Security Studies“ sowie weiterer Studiengänge der Universität Hamburg erhalten am Institut eine exzellente Ausbildung. In allen vier Gruppen bemüht sich das IFSH um einen hohen Frauenanteil.

Studentische Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter und Nachwuchskräfte

Seit Langem beschäftigt das Institut studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die vielfältige Aufgaben wahrnehmen. Sie können bereits während des Studiums Einblicke in die Praxis wissenschaftlichen Arbeitens an einem Forschungsinstitut erhalten und wichtige berufliche Erfahrungen in der Friedensforschung sammeln. Auch Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern bieten z.B. Drittmittelprojekte ein erstes praktisches Betätigungsfeld.

Doktorandinnen und Doktoranden

Von Beginn an widmete und widmet sich das IFSH der Betreuung von Doktorandinnen und Doktoranden. Nach zunächst individueller Betreuung wurde 1999 das

IFSH-Doktorandenseminar für alle Promovierenden am IFSH eingerichtet. Bis 2006 wurde es von Erwin Müller, ab 2007 von Michael Brzoska geleitet. Einen Schub erhielt die Doktorandenbetreuung im Jahre 2002, als die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) das IFSH-Doktorandenprogramm über fünf Jahre mit Stipendien, Sach- und Reisemitteln finanziell förderte. In den letzten Jahren wurden in der Regel jährlich rund 20 Promovierende betreut, die unter anderem von verschiedenen politischen Stiftungen bzw. dem DAAD Stipendien erhielten oder in Drittmittelprojekten mitarbeiteten. Sie finden am IFSH nicht nur ein anregendes und aufgeschlossenes Arbeitsumfeld, sondern auch eine direkte Betreuung durch erfahrene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IFSH.

Die Doktorandinnen und Doktoranden prägen mit ihrer Arbeit das Profil des IFSH und sind nicht mehr wegzudenken.



Seit 1993 sind rund 50 Promotionen erfolgreich abgeschlossen worden. Die Promovierenden kamen und kommen außer aus Deutschland aus so unterschiedlichen Ländern wie Georgien, Russland, Kasachstan, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, dem Kosovo, Frankreich und der VR China und haben am IFSH entweder die ganze oder einen Teil ihrer Promotionszeit verbracht.

Praktikantinnen und Praktikanten

Seit 1990 haben mehr als 360 Praktikantinnen und Praktikanten aus dem In- und Ausland ein mindestens sechswöchiges Praktikum am IFSH absolviert. Sie sind eine wichtige Stütze in allen Arbeitsbereichen des IFSH. Ein Praktikum am IFSH bedeutet Teilhabe an der Forschung und intensiven Gedankenaustausch. Die Nachfrage nach Praktika am IFSH ist hoch; nicht allen Wünschen kann entsprochen werden. Ehemalige Praktikantinnen und Praktikanten, aber auch Dozentinnen und Dozenten empfehlen das IFSH als Praktikumsstation (Bewerbungsvoraussetzungen unter: <http://www.ifsh.de/IFSH/studium/praktikum.htm>).

Studiengang „Master of Peace and Security Studies“

Einen Meilenstein der Nachwuchsförderung stellt seit 2002 der Studiengang „Master of Peace and Security Studies – MPS“ am IFSH dar. Der MPS hat eine beeindruckende Erfolgsgeschichte vorzuweisen und prägt das IFSH nach innen und außen deutlich. Das IFSH betreibt den Studiengang in Kooperation mit der Universität Hamburg und inzwischen 16 Kooperationspartnern (s. Kasten). Studienganglei-



tung und akademische Koordination liegen beim IFSH. Hinter dem beachtlichen Aufwand für die Organisation und die Lehrveranstaltungen steht die feste Absicht, hochqualifizierte Akademikerinnen und Akademiker auf die Tätigkeit in Forschung und Praxis der Friedensforschung und Sicherheitspolitik vorzubereiten.

Dank der Anschubfinanzierung durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung für die ersten fünf Jahre konnte der Studiengang als erster seiner Art in Deutschland zum Wintersemester 2002/2003 den Betrieb aufnehmen. 2006 wurde der MPS zunächst bis 2011 akkreditiert, die Vorbereitungen für die Re-Akkreditierung haben bereits begonnen.

Inhalt des Studiengangs sind disziplinäre, transdisziplinäre, interdisziplinäre und praxisorientierte Fragestellungen und Analysen der Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Die Inhalte im ersten Semester werden in sechs Modulen vermittelt und behandelt:

- internationale Friedens- und Sicherheitspolitik,
- Friedenssicherungs- und Konfliktvölkerrecht,



- Naturwissenschaften und Frieden,
- Ethik und Frieden,
- wirtschaftliche Globalisierung und Konflikte sowie
- interdisziplinäres Querschnittsmodul.

Dabei profitieren die Studierenden von kleinen Lerngruppen. Exkursionen ermöglichen weitere Einblicke (i.d.R. nach Berlin, Wien, Brüssel oder Straßburg und Südosteuropa). Im Rahmen des Studiums können sich die Studierenden u.a. am Aufbau des DAAD-geförderten „Akademischen Netzwerkes Südosteuropa“ beteiligen.

Eine Stärke des Studiengangs ist der Transfer der Forschungspraxis in die Lehre: Der Kooperationsverbund Friedensforschung und Sicherheitspolitik (KoFrieS) stellt Dozenten für die Lehre im ersten Semester und beherbergt Studierende während ihrer Forschungsphase im zweiten Semester.

Die MPS-Studenten und -Studentinnen beeinflussen den Institutsalltag mit ihrer Wissbegierde, ihren Ansprüchen und ihrem Engagement. Beim MPS handelt es sich um einen internationalen Studiengang; Unterrichts- und Prüfungssprachen sind Deutsch und Englisch. Bis 2011 kamen die Studierenden aus folgenden Ländern: Albanien, Argentinien, Aserbaidschan, Bangladesch, Bosnien und Herzegowina, Brasilien, Bulgarien, Chile, Deutschland, Elfenbeinküste, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Großbritannien, Irland, Israel, Italien, Japan, Kasachstan, Kosovo, Kroatien, Lettland, Luxemburg, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, den Niederlanden, Österreich, Palästina, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, der Schweiz, Serbien, Sierra Le-

one, Slowenien, Tadschikistan, der Ukraine, den USA, Usbekistan, Venezuela und der VR China.

Die Absolventen finden den Einstieg in friedenspolitisch relevante Tätigkeitsfelder in Wissenschaft und Praxis. Fast ein Drittel promoviert in einem Themenspektrum, das von der Evaluation internationaler Einsätze in Afghanistan bis hin zu Klimawandel und Sicherheit reicht. Etwa 70 Prozent der Absolventinnen und Absolventen gelang vergleichsweise schnell der Berufseinstieg in ein thematisch einschlägiges Berufsfeld. Sie arbeiten nun an Hochschulen und Forschungsinstituten, für Regierung oder Parlament, für internationale Organisationen (z.B. OSZE, EU, UN, NATO) oder NGOs (z.B. Ärzte ohne Grenzen), lokale Versöhnungsprojekte (bspw. in Irland, Israel, Kongo), Wirtschaft oder Medien. Sie sind wertvolle Ansprechpartner für das IFSH und die Studierenden und halten gelegentlich Vorträge im Institut, um über ihre Feldarbeit oder Forschungen zu berichten.

Informationen über die Bewerbungsvoraussetzungen finden Sie auf unserer Webseite unter <http://www.ifsh.de/IFSH/studium/mps.htm>.

Neben dem M.P.S.-Studiengang kooperieren die Universität Hamburg und das IFSH seit 2002 im Europäischen Masterstudiengang „Menschenrechte und Demokratisierung – E.MA“. Das IFSH erfüllt die administrativen Aufgaben für die Universität sowie die Lehr- und Betreuungsverpflichtungen im Themenfeld „Demokratisierung/ OSZE“. Ferner beteiligt sich das IFSH seit 1997 am Nebenfach-Studiengang „Osteuropawissenschaft“ der Universität Hamburg.



Mitglieder des Kooperationsverbunds Friedensforschung und Sicherheitspolitik (KoFrieS)

- Das IFSH mit seinen drei Arbeitsbereichen Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS), Centre for OSCE-Research (CORE) und Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR²)
- Vier Fakultäten der Universität Hamburg: Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fakultät für Geisteswissenschaften, Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften und die Fakultät für Rechtswissenschaft
- Berghof Conflict Research (BCR), Berlin
- Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht an der Ruhr-Universität Bochum (IFHV)
- Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), Berlin
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt am Main
- Führungsakademie der Bundeswehr (FüAk), Hamburg
- Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Duisburg
- Institut für Theologie und Frieden (IThF), Hamburg
- Bonn International Center for Conversion (BICC)
- European Centre for Minority Issues (ECMI), Flensburg
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg
- German Institute of Global and Area Studies/Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA), Hamburg
- Internationales Institut für Politik und Wirtschaft/Haus Rissen Hamburg
- Carl-Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF), Hamburg
- Helmut-Schmidt-Universität – Universität der Bundeswehr Hamburg (HSU)

Statistische Daten zu den Studierenden*

	2002 -03	2003 -04	2004 -05	2005 -06	2006 -07	2007 -08	2008 -09	2009 -10	2010 -11	Gesamt
Gesamtzahl Absolventen	22	26	20	21	24	26	25	28	-	192
Frauenquote Absolventen	55	58	50	67	58	62	60	64	72	61
Absolventen Ausländeranteil	27	58	55	52	42	42	36	54	40	45

* Die Daten wurden von Eckhard Schlopsna zusammengestellt. Alle Daten aus dem Studienjahr 2010-11 beziehen sich nicht auf Absolventen, sondern auf Studierende.

Gute Nachwuchsförderung liegt nicht nur im wohlverstandenen Eigeninteresse des Instituts. Die Nachwuchsförderung ist Voraussetzung von guter Wissenschaft und nur diese kann effektiv zu einer konsequent

friedensverträglichen Sicherheitspolitik beitragen. Das IFSH muss und wird seine diesbezüglichen Bemühungen fortsetzen.

Patricia Schneider



MPS im Oktober 2010 auf der Berlin-Exkursion mit Bundespräsident Christian Wulff



IFSH – 40 Jahre Öffentlichkeitsarbeit

Wie lässt sich etwas so Abstraktes, kaum Messbares wie Friedensforschung nach außen vermitteln? Hat sie doch nicht einmal „Frieden“ im Angebot, sondern oft lediglich winzige Mosaiksteinchen, die Auskunft geben, wie es etwas weniger gewaltsam zugehen könnte, oder Erkenntnisse über die Gründe, warum wieder einmal irgendwo auf der Welt die Waffen sprechen.

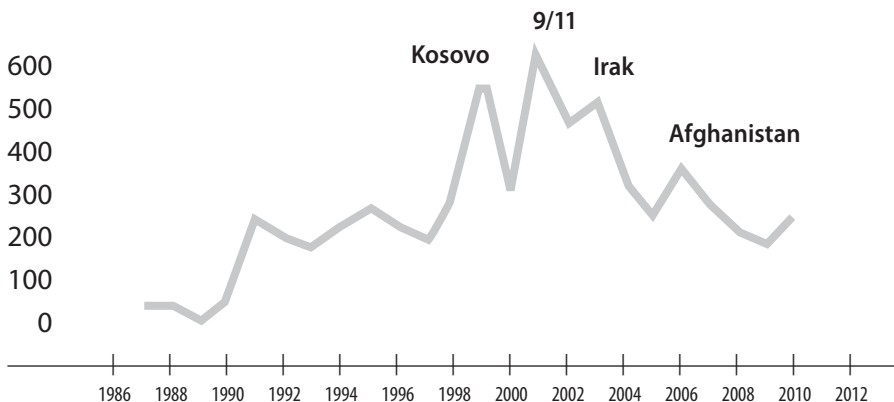
Das Interesse an der Expertise des IFSH unterlag in den letzten 40 Jahren also durchaus gewissen Konjunkturen. Hatte es während des Kalten Krieges, angesichts von atomarer Abschreckung, zwei hochgerüsteten Blöcken, Bemühungen unter diesen Bedingungen ein Mindestmaß an Sicherheit aufrechtzuerhalten und der durchaus strittigen Debatte über den richtigen Weg zu diesem Ziel Zeiten gegeben, in denen die junge Disziplin Friedensforschung öffentlich stark gefragt war – z.B. stützte sich die Friedensbewegung zu Zeiten der Nachrüstungsdebatte Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre gern auf die Friedenswissenschaft –, so ging die Popularität der Disziplin nach Ende der Ost-West-Konfrontation zunächst deutlich zurück. „Nun

brauchen wir Euch ja nicht mehr und das Institut kann schließen.“ Solche und ähnliche Äußerungen waren 1990 in der damals herrschenden Euphorie häufiger zu hören. Der Frieden schien in greifbarer Nähe, Friedensforschung nunmehr überflüssig.

Medien

Das böse – und schnelle – Erwachen kam mit dem Golfkrieg und dem blutigen Zerfall Jugoslawiens. Anfang der 1990er Jahre war das IFSH wieder „im Geschäft“. Ein Paradox der Zukunft ist, dass die öffentliche Nachfrage nach Erklärung und Einordnung durch die Friedensforschung nicht etwa dann Konjunktur hat, wenn es einigermaßen ruhig zugeht, sondern wenn Krieg und Gewalt sich Bahn brechen. Die

Interviews von IFSH-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern





Ausschläge, die u.a. der Irakkrieg, die gewaltsamen Auseinandersetzungen auf dem Balkan 1991-1995, der Kosovokrieg 1999,

und 9/11 in der Nachfrage der Medien nach der Expertise des IFSH bewirkt haben, illustrieren dies.

Ausgewählte Veröffentlichungen

Dieter S. Lutz, Weltkrieg wider Willen? Die Nuklearwaffen in und für Europa. Ein Beitrag zur Diskussion um den Nachrüstungsbeschluß, Reinbek bei Hamburg 1981.

Wolf Graf Baudissin/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Kooperative Rüstungssteuerung, Sicherheitspolitik und Strategische Stabilität, Baden-Baden 1981.

Wolf Graf Baudissin/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Konflikte, Krisen, Kriegsverhütung. Fragen, Analysen, Perspektiven, Baden-Baden 1981.

Dieter S. Lutz (Hrsg.), Kollektive Sicherheit in und für Europa – Eine Alternative? Beiträge zur Utopie und Umsetzung einer neuen Friedens- und Sicherheitsprogrammatis - Pro und Contra, Baden-Baden 1985.

Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit Bd. I: Idee und Konzept. Zu den Ausgangsüberlegungen, Grundlagen und Strukturmerkmalen Gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden 1986.

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995.

Dieter S. Lutz (Hrsg.), Der Krieg im Kosovo und das Versagen der Politik. Beiträge aus dem IFSH, Baden-Baden 2000.

Götz Neuneck/Reinhard Mutz (Hrsg.), Vorbeugende Rüstungskontrolle - Ziele und Aufgaben unter besonderer Berücksichtigung verfahrensmäßiger und institutioneller Umsetzung im Rahmen internationaler Rüstungsregime, Baden-Baden 2000.

Michael Brzoska/Axel Krohn (Hrsg.), Overcoming Armed Violence in a Complex World, Opladen/Farmington Hills 2009.

Michael Brzoska/George Lopez (Hrsg.), Putting Teeth in the Tiger: Improving the Effectiveness of Arms Embargoes, Bingley 2009.

Friedensgutachten, Hrsg. von IFSH, HSFK, FEST, BICC, INEF, Münster/Berlin (erscheint seit 1987 jährlich).

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch. Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Frieden (OSZE), Baden-Baden (erscheint jährlich seit 1995).



Veröffentlichungen

Die Bereitstellung von Expertise für die Medien – in Form von Hintergrundinformationen, eigenen Beiträgen oder als Interviewpartner – machen jedoch nur einen Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Instituts aus. Breiten Raum nimmt die Publikation der Forschungsergebnisse ein.

Die Satzung des IFSH zählt ausdrücklich die „Bestandsaufnahme und laufende Orientierung über die sicherheits- und friedenspolitischen Themen in Vorträgen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, Rundfunk- und Fernsehbeiträgen und in eigenen Publikationsmedien“ zu den Aufgaben, denen sich das Institut widmen soll.

Im IFSH sind seit seiner Gründung 1971 etwa 4.500 Veröffentlichungen entstanden: Monographien, Beiträge in wissenschaftlichen Büchern und Zeitschriften, Berichte, Policy Paper, Broschüren und Online-Veröffentlichungen.

Das Institut unterhält zwei hauseigene Reihen, die Hamburger Beiträge und die Hamburger Informationen, und einen zweimonatlich erscheinenden Rundbrief, ifsh-aktuell. Darüber hinaus ist das IFSH seit dem ersten Band 1987 Mitherausgeber des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens; aus seinen Reihen stammt regelmäßig ein Teil der Beiträge. Das OSZE-Jahrbuch erscheint seit 1995 in deutscher, englischer und russischer Sprache und wird ebenfalls vom IFSH herausgegeben und redaktionell betreut. Außerdem ist die Redaktion der Zeitschrift „S+F. Sicherheit und Frieden/Security and Peace“ der Nomos-Verlagsgesellschaft am IFSH angesiedelt. Die ebenfalls bei Nomos erscheinende wissenschaftliche Buchreihe Demokra-

tie, Sicherheit, Frieden wird von Michael Brzoska herausgegeben.

Alle institutseigenen Veröffentlichungen verbreitet das IFSH per Email und stellt sie zum kostenlosen Download auf seine Homepage (http://www.ifsh.de/IFSH/publikationen/pub_start.htm). In der Rubrik „aktuelle Stellungnahmen“ (http://www.ifsh.de/IFSH_php/akt_stellungnahmen.php) finden sich kurze Beiträge zu aktuellen Ereignissen. Unter „Aktuelles“ informiert das IFSH regelmäßig über Tagungen, Vorträge, Neuerscheinungen und öffentliche Veranstaltungen.

Vermittlung und Gäste

Die Ergebnisse der Institutsarbeiten werden jedoch nicht nur schriftlich präsentiert, das Institut hat sich von Beginn an immer auch um die Vermittlung der Ergebnisse der Forschungsarbeit sowohl an das Fachpublikum als auch in die interessierte Öffentlichkeit im Rahmen von Tagungen, Vorträgen, Diskussionsrunden und Gesprächskreisen bemüht. Hervorzuheben ist hier der Förderverein des IFSH, der seit seiner Gründung 1997 die Nachwuchsförderung und die Veranstaltungen des Instituts unterstützt.

Jahr für Jahr empfängt das IFSH eine große Anzahl von Gästen aus dem In- und Ausland. Besonders stolz ist das Institut auf den Besuch von zwei Friedensnobelpreisträgern: 1990 besuchte der vormalige costa-ricanische Staatspräsident Oscar Arias Sanchez das Institut und hielt einen Vortrag über den von ihm entworfenen mittelamerikanischen Friedensplan. Der vormalige Staatspräsident der Sowjetunion Michail Gorbatschow besuchte das

IFSH 1992 zu einem Arbeitstreffen. Weitere Höhepunkte waren die Besuche von drei Bundespräsidenten, die der Einladung des Instituts folgten, im Rahmen großer Veranstaltungen die Festvorträge zu halten: Dr. Richard von Weizsäcker sprach im Dezember 1993 anlässlich des Symposiums „Unsere Gemeinsame Zukunft“. Prof. Dr. Roman Herzog hielt 1996 im Rahmen der Feier zum 25-jährigen Bestehen des IFSH im Rathaus der Freien und Hansestadt Hamburg einen Vortrag „Zur Friedenspolitik und internationalen Gerichtsbarkeit“ und Bundespräsident Johannes Rau eröffnete das Zentrum für OSZE-Forschung im Jahr 2000.

Ausblick

Das Institut hat in 40 Jahren im Rahmen seines Satzungsauftrags eine breite Palette von Themen bearbeitet, darunter Rüstungskontrolle und Abrüstung, Innere Führung, Gemeinsame und Kollektive Sicherheit, Zivilisierung des Konflikts und Eindämmung Transnationaler Gewaltrisiken. Trotz aller Veränderungen in den letzten Jahrzehnten sind die genannten Themen nach wie vor aktuell. Es steht nicht zu erwarten, dass den derzeit etwa 50 Beschäftigten des Instituts die Arbeit ausgeht.

Susanne Bund



Vortrag von Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt in der Universität Hamburg im Rahmen der IFSH-Vorlesungsreihe „Wissenschaft und Praxis im Dialog“ 1997
(Foto: Margret Johannsen)



IFSH-Chronologie

- 1971 Gründung des IFSH. Wolf Graf von Baudissin wird erster Direktor.
- 1975 Konstituierende Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats.
- 1976 1. Vermittlungstagung des IFSH mit MdBs aller Fraktionen, Wissenschaftlern, Vertretern der Planungsstäbe von AA und BMVG, Journalisten.
Thema: „Probleme wechselseitiger Bezüge von westlicher Sicherheitspolitik und wirtschaftlicher Kooperation in Gesamteuropa nach der KSZE“.
- 1979 Der erste Band der Schriftenreihe „Militär, Rüstung, Sicherheit“ (seit 1992 „Demokratie, Sicherheit, Frieden“) erscheint im Nomos-Verlag, Baden-Baden.
- 1981 Das IFSH richtet das 37ste Pugwash Symposium über Vertrauensbildende Maßnahmen aus.
- 1983 Dieter S. Lutz begründet S+F – Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden.
- 1984 Egon Bahr wird Direktor des IFSH.
- 1987 Das Friedensgutachten erscheint zum ersten Mal, [herausgegeben von Egon Bahr (IFSH), Gert Krell (HSFK) und Klaus von Schubert (FEST).]
- 1989 „Hamburger Generalstreifen“. Vertreter von Bundeswehr und NVA kommen erstmalig am IFSH zu einem Meinungsaustausch zusammen.
- 1989 Ost-West-Workshop über Gemeinsame Sicherheit in Hamburg, Berlin und Dresden.
- 1990 Der Friedensnobelpreisträger und vormalige Staatspräsident Costa Ricas, Oscar Arias Sanchez, besucht das IFSH.
- 1992 Friedensnobelpreisträger Michail Gorbatschow besucht das IFSH.
- 1993 Das IFSH veranstaltet das Internationale Symposium „Unsere Gemeinsame Zukunft – 1943-1993-2043“. Bundespräsident Richard von Weizsäcker eröffnet die Tagung mit einem Festvortrag im Hamburger Rathaus.
- 1994 Dieter S. Lutz wird Direktor des IFSH.
- 1995 Symposium „20 Jahre nach Helsinki – Die OSZE und die europäische Sicherheitspolitik im Wandel“. Das OSZE-Jahrbuch erscheint erstmals.
- 1996 Bundespräsident Roman Herzog hält einen Vortrag im Hamburger Rathaus anlässlich des 25-jährigen Bestehens des IFSH.



- 1996 Das Internationale Fellowship-Programm Graf Baudissin nimmt mit finanzieller Förderung der VW-Stiftung die Arbeit auf.
- 2000 Das Zentrum für OSZE-Forschung wird mit einem Festvortrag von Bundespräsident Johannes Rau und einer internationalen Tagung im Hamburger Rathaus gegründet.
- 2002 Der Masterstudiengang „Peace and Security Studies“ nimmt den Studienbetrieb auf.
- 2002 Das IFSH beschließt das Arbeitsprogramm „Zivilisierung des Konflikts“.
- 2003 Das Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien und die Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Rüstungskontrolle, Abrüstung und Risikotechnologien werden gegründet.
- 2006 Michael Brzoska wird Direktor.
- 2006 Das Zentrum Naturwissenschaft und Friedensforschung, getragen von sechs Fakultäten der Universität Hamburg und dem IFSH, nimmt seine Arbeit auf.
- 2006 IFSH und die Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg schließen einen Kooperationsvertrag mit der East China Normal University in Shanghai ab.
- 2007 Das IFSH sowie drei weitere Institute ziehen in das Haus „Beim Schlump 83“ nahe der Universität, feierliche Eröffnung des Gebäudes mit dem Ersten Bürgermeister Ole von Beust.
- 2007 Das IFSH ist Partner des Exzellenzclusters „Integrated Climate System Analysis and Prediction“ der Universität Hamburg im Forschungsfeld Klimawandel und Sicherheit.
- 2008 Das IFSH verabschiedet ein neues Arbeitsprogramm „Transnationalisierung von Gewalttrisiken“.
- 2009 IFSH und Universität Hamburg handeln einen Kooperationsvertrag aus.

Die Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Michael Brzoska, Wissenschaftlicher Direktor des IFSH

Susanne Bund, Öffentlichkeitsreferentin am IFSH

Dr. Hans-Georg Ehrhart, Leiter ZEUS am IFSH

Dr. Jürgen Groß, Militärischer Anteil 1994-2006

Dr. Martin Kahl, wissenschaftlicher Referent am IFSH

Dr. Reinhard Mutz, kommissarischer Direktor des IFSH 2003-2006

Prof. Dr. Götz Neuneck, stellvertretender Direktor des IFSH

Dr. Patricia Schneider, wissenschaftliche Referentin am IFSH

Dr. Wolfgang Zellner, stellvertretender Direktor des IFSH



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH im Juli 2011